

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

**Inhalt:** Die Hamburger Gewerkschaftswoche. — Die Lohnbewegungen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands im Jahre 1907. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandes: Vorstandes. — Bericht. — Jährliches Verzeichnis des „L'Operaio Italiano“. — Zentral-Frankenkasse. — Streikliste. — Grundstein zur Einigkeit. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterhaus, Submissionen usw. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die Hamburger Gewerkschaftswoche

liegt hinter uns. Eingeleitet durch ein Aufrufstück des revolutionären russischen Dichters Eschikowsky und geschlossen mit der Andorfschen Arbeiter-Marschallaise, hat der sechste Gewerkschaftskongress seine ihm zugewiesene Aufgabe in würdiger Weise gelöst.

Die Verhandlungen wurden Montag, den 22. Juni, von dem Vorsitzenden der Generalkommission, Genossen Carl Regien, mit einer wichtigen Rede eingeleitet. Der Redner verwies auf den glanzvollen beispiellosen Aufstieg der deutschen Gewerkschaften und sagte von ihm: Dieser Aufschwung hat sich vollzogen nicht etwa im Einverständnis oder gar mit Unterstützung der herrschenden Klassen und der Regierung, sondern gegen deren Willen und unter ständigem Widerstand, der von seiner Seite geleistet wurde. Wenn Deutschland heute das hervorragendste Industrieland ist, wenn es ihm gelungen ist, selbst das älteste Industrieland, England, zum Teil auf dem Weltmarkt zu verdrängen, wenn heute deutsche Produkte auf den Märkten aller Weltteile gern gekauft werden, so verdanken wir das nicht den Klugheiten, nicht der Vermehrung der Kanonen und Kriegsschiffe, nicht dem stehenden Heere, sondern zum größten Teile der Intelligenz der deutschen Arbeiter. Ich will die Tätigkeit der Unternehmer, durchaus nicht in den Hintergrund stellen, aber das steht außer Zweifel: Der intelligenteste, kapitalträchtigste Unternehmer würde die Produktion nicht vollziehen können; wenn wir nicht über eine intelligente Arbeiterklasse verfügten; und daß die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Intelligenz gekommen ist, das dankt sie nicht den Herrschenden, sondern ihrer eigenen Erziehung, ihrer Organisation. Gerade weil diese Organisation die Arbeiterklasse Deutschlands geistig so weit gebracht hat, daß Deutschland an erster Stelle steht, deswegen sollten die herrschenden Klassen unsere Organisationsbestrebungen unterstützen. Aber das Gegenteil ist geschehen; unausgesetzt hat man versucht, die Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse hintanzuhalten. Sozialistengesetz, Umsturzgesetz, Zuchthausvorlage besagen genug, die beweisen, daß die Herrschenden unsere Arbeit mit Mißgunst und Mißtrauen betrachten. Auch das neue Vereinsgesetz atmet diesen gewerkschaftsfeindlichen Geist. Aber wir setzen uns durch trotz alledem. Wir haben uns Beachtung erkämpft. Heute gelten die gewerkschaftlichen Organisationen schon als Machtfaktor im Wirtschaftsleben und sie sind heute auch schon ein Machtfaktor im politischen Leben geworden. Ja, man kann nicht einmal unsere Gewerkschaftsorganisationen an amtlicher Stelle entbehren. Muß doch das Statistische Amt, eine Reichsbehörde, sich an die Gewerkschaften wenden, um die Arbeiterstatistik betreiben zu können. Sie ist bei dieser Statistik auf die Güte der Gewerkschaften angewiesen, und diese Güte ist stets gern und in ausreichendem Maße geboten worden. Auf die Dauer allerdings wird ein Zustand nicht haltbar sein, daß auf der einen Seite eine Reichsbehörde die Güte unserer Organisationen in großem Maße in Anspruch nimmt, und auf der anderen Seite eine andere Reichsbehörde diese unsere Organisationen als nicht vorhanden betrachtet. Allerdings bitten wir um die Anerkennung nicht, und um das recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, haben wir auch für diesen Kongress, trotzdem wir ständig mit einer Reichsbehörde arbeiten, davon Abstand ge-

nommen. Regierungsvertreter einzuladen. Unsere Macht ist gegeben, sie kommt dadurch nicht mehr oder weniger zum Ausdruck, wenn Regierungsvertreter an unserer Tagung teilnehmen. Nachdem die Regierung es abgelehnt hat, sich auf dem Heimarbeiterskongress vertreten zu lassen, dort, wo über die Hebung der Lage der elendesten Schichten unserer Gesellschaft beraten werden sollte, haben wir auch keine Veranlassung, sie zur Teilnahme an unserer Tagung, wo die Kraft der deutschen Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsorganisationen vertreten sind, einzuladen. Wir werden unsere Arbeiten ebensogut ohne die Teilnahme von Regierungsvertretern erledigen können, und ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Kongress unseren Gewerkschaften wieder einen Fortschritt bringen wird, daß unsere Beratungen und Beschlüsse dazu beitragen werden, unsere Kraft wiederum so zu stärken, daß die Zeit nur noch ganz kurz bemessen sein wird, in der uns die rechtliche Anerkennung zu teil werden muß. Die Eröffnungsrede gibt großen Kongressen oft gleich das richtige Gepräge, und darum freuen wir uns aufrichtig über den entschiedenen Ton Regiens.

Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden glatt, ohne jede Meinungsverschiedenheit erledigt. Zu Differenzen kam es bei dem Punkte „Marschallaise“, worüber wir ja in den letzten Jahren verschiedentlich Mißtöne gehört haben. Der Gewerkschaftskongress hatte eigentlich nur über die Vereinbarungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, betreffend Unterstützung der wegen der Märzfeier Gemäßigten, zu beraten und zu beschließen. Hierzu lagen Urträge einiger Gewerkschaftsverbände vor, wonach die Unterstützung auf die Zentralstellen der Verbände übernommen werden sollte. Diesen Urträgen konnte schon deshalb keine Folge gegeben werden, weil dem Kongress kein Beschlußrecht darüber zusteht, ob und inwieweit die Verbände Mittel für diesen Zweck verwenden können und wollen. Für ebenso unangebracht haben wir es gehalten, daß einige Delegierte mit wahrem Ansturm die Befestigung der Arbeitsruhe am 1. Mai propagierten. In recht dankenswerter Weise führte Genosse Regien die Debatte zu dem einzig richtigen Beschluß, indem er die auf Befestigung der Arbeitsruhe hinielenden Reden als einen Disziplinbruch gegen das Votum des Kölner Kongresses und die Vereinbarung der deutschen Delegierten auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart bezeichnete. Die Vereinbarung über die Regelung der Unterstützung wurde anerkannt, die Generalkommission soll jedoch versuchen, mit dem Parteivorstand die Frage noch besser zu regeln.

Einige leichte Gewitterwolken entluden sich, wie immer, bei der Beratung der „Grenzstreitigkeiten“. In kluger Voraussicht hatte der Kongress gleich nach seiner Konstituierung eine Redaktionskommission eingesetzt und ihr die Verarbeitung der dreizehn Grenzstreitigkeitsanträge mit auf den Weg gegeben. Eine Debatte im Plenum ließ sich dadurch natürlich nicht ganz vermeiden; sie nahm jedoch nicht den jürrischen Verlauf, der von manchem befürchtet worden war. Die „Bedürfnisse“ einzelner Verbände, auf Kosten anderer ihren Mitgliederstand zu erhöhen, wurden selbstverständlich scharf zurückgewiesen. Die von der Redaktionskommission vorgelegte Resolution, worin unter Hinweis auf die Notwendigkeit von Kartellverträgen die lokale Anerkennung des Organisationsstandes und die Unterlassung jeder unlauteren Agitation gefordert wird, wurde mit einigen Zusätzen schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Eine kurze, aber scharf ausgeprägte Aussprache knüpfte sich an den Punkt „Gewerkschaften und Genossenschaften“. Der vorjährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hatte in bezug auf die Forderungen der Arbeiter einen Beschluß gefaßt, der in gewerkschaftlichen Kreisen große Mißstimmung hervorrief. Der diesjährige Genossenschaftstag (Eisenach, 22. bis 24. Juni) sollte nun den Fehler wieder gut machen, hat aber nach Meinung

mehrere Kongressdelegierten den Zwiespalt nur noch verschärft. Freundliche Worte waren es nicht, die dem Genossenschaftstag vom Kongress gewidmet wurden. Diese Mißstimmung konnte jedoch nicht dazu führen, den Genossenschaften nunmehr den Krieg zu erklären, sondern es wurde der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses erneuert, fernach die Konsumgenossenschaften durch Beitritt und Propagierung der genossenschaftlichen Bestrebungen auf tatkräftigste zu unterstützen sind.

Zu Auseinandersetzungen geringfügiger Art führten noch die Punkte: „Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung“, „Der Postbote als gewerkschaftliches Kampfmittel“ und „Die Organisation zur Erziehung der Jugend“, während die übrigen großen Resolate nur zustimmende Versicherungen hervorriefen. (Die Resolutionen werden wir in den nächsten Nummern unseres Blattes zum Ausdruck bringen.) Sozialpolitische Streitfragen haben wir innerhalb der Arbeiterbewegung nicht mehr. Wenn sich unsere Kongresse mit der Sozialpolitik beschäftigen, dann geschieht es zum Zwecke einer wichtigen Demonstration gegen die Verhöhnung jedes Arbeiterschutzes durch die Regierung. Und das haben der Genosse Wolfenbühl mit seinem Referat und der Kongress mit seinem stürmischen Beifall gründlich besorgt.

Noch eine kleine Debatte über verschiedene Kleinigkeiten und den Dämon Alkohol, dann wurde der Kongress mit einem prächtigen Schlusssatz des Genossen Bönelburg geschlossen. Wir können uns in allen Stücken dem Schlussredner anschließen. Der Kongress hat eine reichhaltige Tagesordnung bewältigt und der Arbeiterklasse in wichtigen Fragen gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Natur neue Richtlinien vorgezeichnet. Große Streitfragen waren nicht auszusprechen; denn die Arbeiterbewegung ist dahin gelangt, daß beide Glieder des großen Körpers nach einem Ziele streben. Die Gewerkschaften haben bislang schon große Aufgaben erfüllt, größere stehen ihnen aber in Zukunft noch bevor. Der Kampf zur Durchführung unserer Grundfeste wird und muß durchgeschlagen werden. Wir sind aus dem Zeitalter der Kleinkämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete heraus, immer größer gestalten sich die Formen der wirtschaftlichen Kämpfe zur Besserung der Arbeitsverhältnisse. Und wir müssen uns auf die Zeit der noch größeren Kämpfe rüsten. Dazu bedürfen wir der Einigkeit, die uns stark macht in der Pflichterfüllung bis zum äußersten.

## Die Lohnbewegungen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands im Jahre 1907.

II.

### b) Die Arbeitsereignisse im besonderen.

Arbeitsereignisse, an welchen unser Verband beteiligt war, sind 419 mit 83649 beteiligten Personen vorgekommen. Von den Streiks dienten 203 mit 8843 beteiligten Personen der Abwehr. Die übrigen 216 mit 29306 beteiligten Personen stehen dagegen mit der Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zusammenhang.

Von letzteren waren:

154 mit 12824 beteiligten Personen	Angriffstreiks,
11 " 1469 "	Angriffstreiks und
10 " 13638 "	Ausperrungen,
9 " 619 "	Ausperrungen,
32 " 756 "	Ausperrungen und
	Angriffstreiks,
	partielle Angriffstreiks.

Demnach ergaben sich aus der Initiative der Arbeiter 197 und aus der Initiative der Unternehmer 19 Arbeitsereignisse. Erstere bezeichnen wir mit Angriffstreiks, letztere mit Ausperrungen.

Es kamen somit drei Arten von Streiks in Frage, und zwar:

- 197 Angriffstreiks,
- 19 Ausperrungen,
- 203 Abwehrstreiks.

Von den gesamten Arbeitsereignissen wurden betroffen 8146 Betriebe mit 38998 beschäftigten und für die Arbeitsereignisse in Frage kommenden Personen.

Streikbrecher verblieben daher den Unternehmern 6349, durchschnittlich auf jeden Betrieb 2.

Die Forderungen, um welche bei den Angriffstreiks und Ausperrungen gestritten wurde, waren:

in 109 Fällen Lohnerhöhung,  
" 108 " Lohnerhöhung und Verkürzung  
der Arbeitszeit,  
" 1 Fall Sonstiges.

Den Abwehrstreiks lagen folgende Ursachen zu Grunde:  
in 2 Fällen Austritt aus der Organisation,  
" 30 " Maßregelung,  
" 42 " Lohnsenkung,  
" 74 " Verletzung der Arbeitszeit,  
" 74 " Nichtumsetzung der allgemein üblichen Lohn-  
und Arbeitsbedingungen,  
" 2 " Einführung schlechter Arbeitsordnungen,  
" 12 " schlechte Behandlung,  
" 89 " andere Ursachen.

Die Arbeitseinstellungen begannen resp. endeten in:

	Angriffstreiks und Ausperrungen		Abwehrstreiks	
	Beginn	Ende	Beginn	Ende
Januar	—	—	7	6
Februar	8	—	7	5
März	17	7	10	10
April	84	43	26	21
Mai	54	41	21	18
Juni	29	47	23	23
Juli	16	34	31	25
August	6	18	28	22
September	4	15	13	18
Oktober	3	7	16	15
November	—	2	13	11
Dezember	—	—	8	13
Unbekannt	—	2	—	16

Die Gesamtdauer der Arbeitseinstellungen betrug 11 871 Tage, jede Arbeitseinstellung durchschnittlich 27 Tage.

Die 11 871 Tage verteilen sich auf:  
Angriffstreiks... 6674 Tage, durchschnittlich 89½ Tage  
Ausperrungen... 946 " " " 50 " "  
Abwehrstreiks... 3761 " " " 18½ " "

Im einzelnen stellt sich die Dauer der Arbeitseinstellungen wie folgt:

Tage	Angriffstreiks und Ausperrungen		Tage		Abwehrstreiks	
	Streiks	Ausperrungen	Streiks	Ausperrungen	Streiks	Ausperrungen
1-5	105	46	71-80	1	8	
6-10	29	35	81-90	3	6	
11-20	24	28	91-100	3	6	
21-30	14	18	101-110	—	4	
31-40	2	9	111-120	—	4	
41-50	5	15	über 120	8	8	
51-60	1	17	unbekannt	7	2	
61-70	1	10				

Das Streitergebnis ist in 400 Fällen bekannt. Danach hatten die Arbeitseinstellungen in 189 = 45,10 pSt. der Fälle einen vollen und in 136 = 32,46 pSt. der Fälle einen teilweisen Erfolg. 75 Arbeitseinstellungen, gleich 17,90 vom Hundert, waren ohne Erfolg. In 19 Fällen ist der Ausgang unbekannt und in 16 von letzteren war die Arbeitseinstellung am Jahresabschluss noch nicht erledigt.

Das Ergebnis stellt sich bei den einzelnen Streikarten wie folgt:

	Angriffstreiks und Ausperrungen	Abwehrstreiks
Voller Erfolg...	84 = 38,89 pSt.	105 = 51,72 pSt.
Teilweiser Erfolg...	106 = 49,07 " "	30 = 14,78 " "
Kein Erfolg...	25 = 11,11 " "	51 = 25,12 " "
Erfolg unbekannt...	1 = 0,93 " "	17 = 8,38 " "

Die Streiks wurden beigelegt durch Vergleich in 316 Fällen. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden geführt in 46 Fällen zwischen den einzelnen Unternehmern und ihren Arbeitern und in 270 Fällen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterorganisation. Als Vertreter der Arbeiter fungierten in 261 Fällen Beauftragte der örtlichen Organisation und in 98 Fällen diese in Verbindung mit Mitgliedern der Gewerkschaften resp. des Verbandes. Die Unterhandlungen wurden in 2 Fällen vor dem Gewerbegericht als Eingangsamt geführt und in 24 Fällen waren dritte Personen beteiligt.

Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitslohn betrug 641 031 Tage und M. 8 214 156 Arbeitslohn.

Davon entfallen auf:

Angriffstreiks	206 186 Tage und M. 844 528 Arbeitslohn
Ausperrungen	315 326 " " 228 1680 " "
Abwehrstreiks	195 69 " " 87 948 " "

Von den Streikenden waren 21 210 verheiratet und 11 439 ledig. Erstere hatten 26 822 Kinder unter 14 Jahren. Abgerechnet sind 8000, andererseits untergebracht 3338. Zugereist kamen an Streikende 5192. Als Streikbrecher nahmen die Arbeit auf 1980 Zugereiste und 4526 Kollegen am Orte. Der Organisation gehörten an bei Beginn des Streiks 29 818, sechs Monate vor Beginn 25 609.

Die Unkosten betrugen insgesamt M. 1 688 854,30.

Davon wurden verausgabt:

Für Unterstützung der Streikenden	M. 151 650,02
Mietunterstützung	71 801,70
Reiseunterstützung, bezahlt am Streikorte	27 493,57
außerhalb der Streikorte	9393,05
Bernhaltung des Zugewandten und Fortschaffung Zugewandter	291 119,78
Streikkontrolle	22 932,36
Druckkosten, Porto, Schreibmaterialien und Sonstiges	120 93,90

Von der Gesamtausgabe entfallen auf:

Angriffstreiks	49 724,03
Ausperrungen	106 620,81
Abwehrstreiks	50 728,73
Unterstützung der durch Streiks anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder	74 654,27

Aufgebracht sind die verwendeten Mittel zu 99,91 pSt. von der eigenen Organisation und 0,09 pSt. stammen von anderen Organisationen, Privaten usw.

Die verwendete Summe setzt sich zusammen:  
aus Mitteln der Hauptkasse... M. 124 058,33 = 73,45 pSt.  
" " " " " 96 031,86 = 5,68 " "  
" " " " " 35 064,95 = 20,78 " "  
" " " " " 1583,80 = 0,09 " "

c) Die Tarifverträge.

Die 361\* im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifverträge umfassen 405 Lohngebiete mit 4060 Orten mit insgesamt 3950 Unternehmern und circa 50 505 Gesellen.

Die Orte hatten Einwohner (laut Zählung im Jahre 1905):

13	100000 und mehr
33	80000 bis unter 100000
84	10000 " " 30000
103	5000 " " 10000
3827	unter 5000.

Von den 361 Tarifverträgen sind:

a) erstmalige Abschlüsse:  
174 für 1385 Betriebe mit 16 763 Personen;  
b) eine Erneuerung resp. Verlängerung bestehender Verträge:  
187 für 2565 Betriebe mit 35 743 Personen.

Abgeschlossen wurden:

a) infolge Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen:  
251 für 2780 Betriebe mit 36 406 Personen;  
b) infolge Streiks und Ausperrungen:  
110 für 1170 Betriebe mit 14 099 Personen.

Die Verträge hatten Geltung:

246 f. 1866 Betriebe m. 22691 Pers. nur für Maurer,
34 " 663 " " 13222 " für Maurer- und Zimmerer,
33 " 380 " " 3404 " " Bauarbeiter,
35 " 896 " " 9644 " f. Maurer, Zimmerer, Bauarb.
4 " 39 " " 107 " für Fliesenleger,
8 " 106 " " 1437 " " andere Spezialgruppen des Maurergewerbes.

Die Vertragsdauer bewegt sich zwischen ½ bis 4 Jahren und stellt sich im einzelnen wie folgt:

119 Verträge	1 Jahr und weniger,
85 " "	über 1 Jahr bis unter 2 Jahren,
93 " "	2 Jahre,
36 " "	über 2 Jahre bis unter 3 Jahren,
40 " "	3 Jahre,
1 " "	3½ Jahre,
2 " "	4 Jahre,

In 35 Fällen ist im Vertrage eine Bestimmung über die Dauer nicht enthalten.

Die Verträge laufen ab:

4	im Jahre 1907
128	" " 1908
125	" " 1909
67	" " 1910
2	" " 1911

Die Unterzeichnung der Verträge erfolgte arbeitsteilig in 356 Fällen durch Vertreter der Arbeiter am Orte. Außerdem haben unterzeichnet in 84 Fällen Mitglieder der Gewerkschaften und in 7 Fällen ein Mitglied des Verbandsvorstandes. In drei Fällen ist der Vertrag nur von dem in Betracht kommenden Gewerkschaftsmitglied „allein“ unterzeichnet. Für 2 Verträge ist Näheres über die Unterschriften nicht bekannt.

Eine Kündigungsfrist ist in 127 und eine Frist für Unterhandlungen zum Zweck der Verlängerung resp. zur Verlängerung des Vertrages ist in 93 Verträgen enthalten.

Die festgesetzten Fristen betragen:

1 Monat, erstere in 5 Fällen, letztere in — Fällen
1 " " " 10 " " 8 " "
1½ " " " 1 Fall, " " 3 " "
2 " " " 18 Fällen, " " 15 " "
3 " " " 66 " " 41 " "
4 " " " 1 Fall, " " 1 Fall
4½ " " " 13 Fällen, " " 10 Fällen
5 " " " 2 " " 8 " "
6 " " " 2 " " 9 " "
7 " " " 7 " " 3 " "

177 Verträge bestimmen, daß der Vertrag rückwirkend weiterdauert, wenn von seiner Seite gekündigt oder eine Verlängerung beantragt wird.

Schlichtungskommissionen zur Untersuchung und Regelung von Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis sind in 139 Verträgen vorgesehen.

Die reguläre Arbeitszeit während der Zeit der langen Tagesdauer ist in 333 Verträgen festgelegt. Diese beträgt:

in 24 Vertragsgebieten	9 Stunden
" 25 " "	9½ " "
" 1 Vertragsgebiet	9 " "
" 265 Vertragsgebieten	10 " "
" 21 " "	10½ " "
" 7 " "	11 " "

Ueber die Dauer der Arbeitszeit im Winter sind in 139 Verträgen Bestimmungen enthalten.

In 266 Verträgen sind auch über Beginn und Ende der Arbeitszeit im Sommer Bestimmungen vorhanden. In 210 Verträgen ist für die Tage vor den hohen Feiertagen und in 120 Verträgen für die Sonnabende ein früherer Feierabend festgelegt.

Ueber Überstunden enthalten 310, über Nachtarbeit 263 und über Sonntagsarbeit 274 Verträge Bestimmungen. Überarbeit ist nach 91 Verträgen belohnt und nach 223 Verträgen nur bei dringenden, sogenannten Notarbeiten zulässig. 268 Verträge enthalten Bestimmungen über die Frühstücks- und Mittagspause und 266 über die Wesperrause.

Der Arbeitslohn für Gesellen ist in 368 Verträgen festgelegt, ausgedrückt in dem Lohnsatz für die Arbeitsstunde. Für Junggefelln sind in 260 und für durch hohes Alter oder durch Invalidität minderleistungsfähig gewordene Gesellen in 202 Fällen bezüglich des Lohnes Ausnahmen vorgesehen. Der Stundenlohn für Gesellen ist in 326 Fällen

\* Der in der vorjährigen Statistik nicht veröffentlichte Vertrag von Minden i. W. ist dieser Zusammenstellung angefügt.

ein Minimallohn, in 13 Fällen ein Einheitslohn und in 19 Fällen ein Durchschnittslohn.

Ein Lohnzuschlag muß bezahlt werden in 303 Fällen für Überstunden, in 255 Fällen für Nachtarbeit, in 264 Fällen für Sonntagsarbeit, in 205 Fällen für Wasser- und Feuerungsarbeiten und in 156 Fällen für Überlandarbeit.

Ueber die Auszahlung des Arbeitslohnes bestimmen 269 und über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses 261 Verträge. Die Lohnzahlungsperiode beträgt in 159 Fällen 1 Woche und in 58 Fällen 2 Wochen, in 2 Fällen beträgt dieselbe 7 bzw. 14 Tage, während in 142 Fällen Angaben darüber im Vertrag nicht enthalten sind. Wo Angaben über die Lohnzahlungsperiode fehlen, wird der Lohn fast ausschließlich wöchentlich gezahlt.

Die Kündigungsfrist ist in 2 Fällen 1 Tag, in 5 Fällen 2 Tage, in 3 Fällen 7 Tage und in 2 Fällen 14 Tage. In 249 Fällen kann das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung gelöst werden. In 100 Verträgen sind Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht getroffen.

Als Mittagspause im Winter ist in 5 Verträgen ½ Stunde festgesetzt, in 144 1 Stunde, in 2 1½ Stunde und in 5 1½ Stunde. In den übrigen Verträgen sind diesbezügliche Bestimmungen nicht enthalten.

Am Schluß des Jahres 1906 bestanden 538 Tarifverträge für 5396 Orte mit 10552 Betrieben und 151 986 Personen. Von diesen wurden im Jahre 1907 erledigt durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen: 214 für 3242 Betriebe und 52 879 Personen.

Am Jahreschluß 1907 bestanden 674 Tarifverträge. Davon sind abgeschlossen: 360 im Jahre 1907 und 314 vom dem Jahre 1907.

Die 674 Verträge erstrecken sich auf 781 Lohngebiete mit 7876 Drieh, 11 361 Unternehmern und circa 149 619 Maurern und Spezialarbeitern des Maurergewerbes.

Die Orte hatten Einwohner im Jahre 1905:

89	30000 bis unter 100000	50	100000 und mehr
214	10000 " " 30000	284	5000 bis unter 10000
7299	unter 5000.		

Von den Verträgen hatten Geltung:

425 für 3790 Betriebe mit 48956 Personen nur für Maurer
73 " 1542 " " 24731 " für Maurer und Zimmerer,
61 für 1341 Betriebe mit 15340 Personen für Maurer- und Bauhilfsarbeiter,
78 für 4205 Betriebe mit 51620 Personen für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter,
11 für 148 Betriebe mit 978 Personen für Fliesenleger,
26 " 335 " " 7999 " andere Spezialgruppen des Maurergewerbes.

Wirtschaftliche Mundschau.

Deutsche Diskontomäßigungen. — Verminderung von England. Außenhandel. — Rohisenproduktion und Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten. — Deutsche Eisenproduktion, Textilindustrie, Getreidepreise. — Konjunkturstatistik.

Der Stand der Reichsbank hat sich in der letzten Mainwoche und den ersten Junitagen soweit gestärkt, daß am 4. Juni endlich die seit langem ersehnte und vorbereitete Diskontomäßigung eintrat, jedoch aber nur um ein halbes (also von 5 auf 4½ pSt.). Die Reihenfolge der Bankinsätze — von der letzten Stufe der Diskontomäßigungen anfangend, dann über die Periode der Kreditbank hinweg bis zur eingetretenen Bankerhöhung und Produktionssteigerung — finden wir also in Deutschland: 23. April 1907 5½ pSt., 29. Oktober 6½ pSt., 8. November 7½ pSt., dann am 13. Januar 1908 6½ pSt., 25. Januar 6 pSt., 7. März 5½ pSt., 27. April 5 pSt., seit 4. Juni 4½ pSt. (Zwischen ist der Bankdiskont am 4 pSt. herabgesetzt worden. Die Redaktion.)

In England ist die Beschäftigungslosigkeit der Gewerkschaften so groß geworden, daß man kurz vor Mitte Juni sogar ein Gewerkschaftsmitglied des offiziellen Bankdiskonts unter die Zeit dem 2. Mai geltenden 2½ pSt. erwartete. Falls man den Außenhandel als einfachen und zuverlässigen Gewerkschaftsmitglied des Produktionsganges ansetzt, dürfte, so wäre allerdings der gewöhnliche Rückgang in England viel schärfer als bei uns. Wenn man die eben veröffentlichten Mitteilungen mit dem Mai des Vorjahres 1907 vergleicht, so muß man allerdings bedenken, daß letzterer einen Rekordmonat vorstellte. Aber der Absatz bleibt dennoch außerordentlich: in den Einfuhrwerten um 166,9 Millionen Mark oder um 15,3 pSt., in den Exportwerten um über 117 Millionen Mark oder ebenfalls um 15,8 pSt., bei der Wiederausfuhr (also im wesentlichen beim Vermittlungsgewerbe) um über 40 Millionen Mark oder sogar um 23,9 pSt. Man macht darauf aufmerksam, daß dieser Wollzug vielfach nur auf einer Preisverminderung, nicht auf entsprechender Verringerung der Inputmengen beruht. Ein Teil der Wollzüge ist in der Tat auf einen Rückgang der Nachfrage zurückzuführen, ein Teil auf einen Preisrückgang. Dieser letztere trifft das infolge des Preisrückgangs vielfach nicht zu; so ist die wichtige Wolleinfuhr im Werte um 18,2 pSt., in der Menge jedoch um 25,4 pSt. gestiegen. Von der Seite der Ausfuhr trifft es ebenfalls zu, bei den wichtigsten Posten der Brennstoffe (coal, coke) um 5,8 pSt. (factured fuel), wo die Mengen noch immer um 5,8 pSt. gestiegen sind, um 9,9 pSt. gestiegen sind. Aber selbst wenn man den Einwand uneingeschränkt zugibt, bleibt nicht genug des Bedenklichen. Dabei reicht die rückläufige Entwicklung, wie wir mehrfach erwähnt, schon weit zurück. Alle 5 Monate eine Verminderung der englischen Einfuhr von 1908 gegen 1907 um über 587 Millionen Mark oder 10,1 pSt., der Ausfuhr um über 243 Millionen Mark oder 7 pSt., der Wiederausfuhr um über 223½ Millionen Mark oder 25,2 pSt. Das starke Wiedererwachen der Schutzagitation hängt wesentlich mit diesen Krisenerscheinungen zusammen.

Die Wucht des Rückfalls in den Vereinigten Staaten läßt sich am besten an dem Niedergang der Rohisenproduktion erkennen. Bis zum kritischen Oktober 1907 stand hier noch jeder Monat über dem Jahre. Bis Ende Oktober alle zehn abgelaufenen Monate zusammengerechnet, ergab sich eine Rohisenab-



1906 von nicht ganz 20,4 Millionen Tons, 1907 von über 22,25 Millionen Tons. Dann erfolgte der Umschlag, so daß alle weiteren Monate keinen Vergleich mehr aushalten mit dem gleichen Zeitraum, der ein Jahr zurück in der Produktionsperiode liegt. Man stelle folgende Tabelle:

	1907/08	1906/07
	t	t
November .....	1828125	2187065
Dezember .....	1284279	2236153
Januar .....	1045525	2205607
Februar .....	1080000	2045068
März .....	1228000	2236457
April .....	1149000	2219242
Mai .....	1164000	2295505

Das ist Schritt für Schritt ein Herabgleiten auf rund die halbe Produktionsleistung: im ganzen seit November bis Ende Mai ein Abstieg von 15,4 Millionen Tons auf 8,7 Millionen Tons. Daß die letzten Monate nicht mehr ganz so schlimm stehen wie der Januar, der den tiefsten Stand erreichte, will um so weniger bedeuten, als die amerikanischen Eisenbahnen, die Hauptabnehmer der überseeischen Eisenindustrie, erst jetzt in die bittersten Verlegenheiten geraten, weil der Warenverkehr stockt und die finanzielle Miswirtschaft der Vergangenheit, die Verstopfung mit Spekulationsklagen an den Börsen, erst jetzt ihre tiefsten Spuren einträgt. So sind letzten in rascher Folge die zum Gouldschen System gehörigen International und Great Northern, Western Maryland, Batafy und Pittsburg Terminal und Wheeling and Lake Erie-Bahnen als zahlungsunfähig erklärt worden. Ähnlich wie beim Gouldschen System, schreibt jedoch die „Welt“, spielt auch bei den jetzigen Schwierigkeiten der Erie-Bahn die Erhöhung der Kasse durch neue Bauten eine Rolle. Während sich in normalen Zeiten die Mittel für solche Zwecke leicht durch Ausgabe neuer Titres hätten beschaffen lassen, muß die Bahn jetzt erklären, daß sie die Voreinsparung der Zinsgewinne der Bonds einstellen werde; um dadurch Mittel für die Durchführung der Verbesserungsarbeiten zu gewinnen. Es wird von einer mehrjährigen „Rundierung der Kupons“ gesprochen, was dahin auszuweisen sein dürfte, daß die Kupons bis auf weiteres in neuen Titres bezahlt werden. Alle Hoffnung liegt man deshalb auf die Ernte, die in Amerika so oft den Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt und damit der Eisenindustrie und anderen Gewerben neues Blut und neues Leben zuführt. Nach den letzten Nachrichten erwartet man in der Tat nicht nur eine vorzügliche und ergiebige, sondern auch eine frühzeitige Ernte. Aber wer kann dafür bürgen und welche anderen Kräfte können auch sonst noch in der Wirtschaft wirksam werden?

Die deutsche und überhaupt die kontinentale Depression verläuft zweifellos ruhiger und weniger sprunghaft. So betrug die deutsche Hoheisenproduktion

	1908	1907
	t	t
Januar .....	1061829	1062152
Februar .....	994186	978191
März .....	1046998	1099257
April .....	979866	1077703

Januar bis April zusammengeordnet, stand also das Vorjahr nur um drei bis vier Prozent über dem laufenden Jahr. Speziell die oberste Hoheisenproduktion hat sich sogar, bis Ende Mai ohne Unterbrechung noch immer weiter gesteigert. Von Januar bis Mai ergab hier nämlich die Hoheisengewinnung

	1908	1907
	t	t
1905 .....	343307 Tons	
1906 .....	367050	
1907 .....	882770	
1908 .....	897895	

Aber schon der Kurssturz hat alle Montanwerte an den Börsen beweis, daß sich für die gesamte Eisenindustrie, von den Augenblicke an, der einzelnen Wettbewerbgruppen gegeneinander abgeben, vieles zum Schlimmeren geändert hat. Die Vorräte nehmen in rascher Weise zu, die Verbraucher deden nur den allergeringsten Bedarf, weil sie nicht glauben, daß die Hoheiseproduktion noch lange an ihren Preisen festhalten können. Vielfach wird die Produktionseinschränkung nur deshalb zunächst noch vermieden, weil gemietete Werte auf die Weiterverwertung der Hoheisefabrikate eingerichtet sind und ihre angeliehenen Betriebe nicht stöden lassen wollen; sie forcieren lieber den Absatz, können das jedoch nur eine Zeitlang und bis zu einer gewissen Grenze tun. Die Nachrichten über den drohenden Zerfall einer Reihe von Syndikaten sind wahrscheinlich, wie immer bei bevorstehenden Erneuerungen und Verlängerungsverhandlungen, übertrieben; aber sie zeigen doch, daß sich viele Montanwerte unbefähigt fühlen und sich deshalb auf Kosten ihrer Syndikatgenossen freieren Spielraum verschaffen möchten.

In der Textilindustrie hat sich wenig verändert. Zwischen den deutschen, österreichischen und belgischen Flachspinnern ist jedoch eine Verständigung erzielt worden, vom 15. Juni an sechs Wochen anfangend 60 nur 60 Stunden wöchentlich arbeiten zu lassen. Die Juteindustriellen und -weber haben die Preise wesentlich herabgesetzt.

Das Ende der Getreidehaufe ist schon so oft verkündet worden, daß man fast Bedenken trägt, eine Voraus- sage zu wagen. Doch scheinen nunmehr die Enttäuschungen den Preisstreibern den Mut zu nehmen. Zunächst fieden wir noch in einer Überlegungszeit mit mangelnder Ungewissheit und darum mit geringer Betätigungslust des Handels. Die Preise, die im Mai zeitweise, nach so vielen vorangegangenen Schwankungen, nochmals anstiegen, sind aber schon Ende Mai fast stetig herabgeglitten: Auf Weizen in Berlin von 221,50 am 26. Mai auf 209 bis 210 am 13. Juni, Aufzügen gleichzeitig von 196 auf 189 bis 190. Gegen die Vorjahre vor 1907 find das noch immer sehr hohe Preise, und selbst 1907 begannen die Preise erst

im Herbst diesem Stande zuzustreben und ihn zeitweise noch beträchtlich zu überholen.

Eine Widerspiegelung der Produktionsaufhebung, der Absatz- und Zahlungsbeschwerden bietet die jetzt vorliegende deutsche Konturskizze für das erste Vierteljahr 1908. Danach hat die Zahl der Kontursöffnungen erheblich zugenommen, obwohl einer Menge von Anträgen zum Teil wegen vollständigen Waffensmangels, gar nicht erst stattgegeben wurde. Es sind von den Gerichten des Deutschen Reichs 2835 Kontursverfahren eröffnet gegen 2068 im ersten Vierteljahr 1907, also fast 572 oder 27,7 pSt. mehr. Von den Kontursöffnungen entfallen 1475 auf Preußen, 337 auf Sachsen, 238 auf Bayern, 122 auf Württemberg usw. Unter den preussischen Provinzen stehen oben das Rheinland mit 232 und Schlesien mit 188 Kontursverfahren. Auf die 41 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern entfallen 720 Kontursverfahren, also 27,3 pSt. der Gesamtzahl. Im ganzen Reich sind 554 (1907: 453) Anträge auf Kontursöffnung lediglich wegen Waffensmangels abgelehnt worden, darunter 63 in Berlin.

Berlin, 14. Juni 1908.

Mag Schippel.

## Politische Umschau.

**Der neue preussische Landtag.** Die Stichwahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis brachte dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Hoffmann, mit 813 Stimmen den Sieg über den Kandidaten des Volksfreisinn, auf den 307 Stimmen entfielen. Rechterem hatten sowohl die Nationalliberalen wie die Konservativen ihre Stimme zugesagt. Eine Anzahl ihrer Wahlmänner zog es jedoch vor, zur Abstimmung nicht zu erscheinen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten zum preussischen Landtage beträgt also jetzt sieben, wovon sechs auf Berlin entfallen.

Wie bestimmt verlautet, wird die Wahl sowohl von den Freisinnigen wie von den Konservativen angefochten werden. Als Grund gibt die Presse des Volksfreisinn, die völlig aus dem Häuschen ist, an, die Sozialdemokraten hätten „unerhörten Terrorismus geübt“; sie hätten u. a. Wahlmänner der gegnerischen Parteien durch Androhung des Verlusts des Wahlscheins zum Verlassen des Wahllokals gezwungen. Das ist ein geradezu grotesker Schwindel.

Es ist ja begreiflich, daß der verkommene Volksfreisinn bemüht ist, die wahren Ursachen seiner Niederlage zu verschleiern. Und da greift er denn zu dem Mittel eines aus dem Umkreis der begründeten Wahlproteste, der ihm nach unserer Überzeugung allerdings wohl nichts nützen wird. In einer Versammlung der von Anti-Volksliberalen gegründeten „Demokratischen Vereinigung“ erklärte der über das Thema „Die Lehren der Landtagswahl“ referierende Herr Dr. Wofes folgendes:

Die Verlegenheitsäußerungen, die jetzt von den Organen des Volksfreisinn für den Wahlausfall gegeben werden, widersprechen den Tatsachen. Es finden sich bei der Behauptung, daß sieben freisinnige Wahlmänner von den Sozialdemokraten gewaltsam an der Abgabe ihrer Stimmen gehindert worden seien. Er, Wofes, habe der Stichwahl im 12. Wahlkreis beigewohnt, und er habe als Augenzeuge bereits an zuständiger Stelle erklärt, daß er bereit sei, eideschwörend zu bezeugen, daß die Geschichte von den sieben verhinderten Wahlmännern Schwindel ist. Die Leitung der Volkspartei wolle nur nicht zugeben, daß ihre schmachvolle Falschung die Niederlagen des Freisinn bezuschelt hat; deshalb lude sie jetzt nach allen möglichen Scheingründen.

Auch die bürgerlich-demokratische „Berliner Volkszeitung“ geht mit dem Volksfreisinn wegen seines Wahlterrorismus-Schwindels ins Gericht. Sie weist darauf hin, daß schon nach den ersten fünf freisinnigen Wahlniederlagen in Berlin die beiden Berliner Sozialdemokratischen Organe, die einzig und allein noch in Berlin den fälschlichen Freisinn und die Steigbügel halten, die Siege der Sozialdemokratie dem „Terrorismus“ der Genossen zugeschoben haben. Hinterher sind dann allerdings die Organe des Volksfreisinn noch darauf gekommen, daß es in der freisinnigen Volkspartei auch mit der Organisation gehapert habe. Diese Partei ist von vornherein eines Teiles der Wahlmänner, die sie aufgestellt hatte, nicht sicher gewesen. Daß sich die bürgerliche Wählerchaft in hellen Scharen von ihr wegen der anti-liberalen Wahlpolitik abgewandt hat, das hat bis jetzt kein Organ des Volksfreisinn-geschiebes. Die „Berliner Volkszeitung“ erinnert wiederholt daran, daß in dem Berliner Wahlkampf der widerwärtige und verwerfliche Terrorismus ausgeübt worden ist in einem Artikel der „Freisinnigen Zeitung“, in dem gewisse Klassen von Berliner städtischen und staatlichen Beamten wegen ihrer Enttaltung von der Wahl öffentlich denunziert worden sind und es ihnen als ihre Beamtenpflicht vorgehalten worden ist, daß sie unter allen Umständen die Sozialdemokratie niederzukämpfen hätten. Das bürgerlich-demokratische Blatt fügt hinzu:

In dieser Denunziation, ohne jede Scham geleistet von dem sich als parteiunabhängig gebierenden Blatte, ist der Gipfel des schlimmsten Terrorismus von Volksfreisinniger Seite erklommen worden. Damit stimmt vollkommen überein, was vom gestrigen Tage aus Moskau gemeldet wird: daß ein dortiger Postamtvorsteher von freisinniger Seite darauf aufmerksam gemacht worden sei, verschiedene der ihm unterstellten Beamten hätten als Wahlmänner noch nicht ihre Pflicht erfüllt! Und solchen Vorworfungen gegenüber werfen sich Volksfreisinnige Organe auf Rüstern auf über sozialdemokratischen Terrorismus!

Oder was bedeutet es, wenn, auch ohne die freundliche Mitwirkung eines verwerfungswürdigen Volksfreisinn von Berlin und Umgebung, von staatlichen Behörden prinzipiell das Wahlrecht der Beamten dahin eingeschränkt wird, daß sie unter allen Umständen für eine bestimmte Partei nicht stimmen dürfen, widrigenfalls sie aus Lohn und Brot zu kommen riskieren würden? Wo bleibt da die „freie“ Wahl des „freien“ Mannes, gegen dessen Terrorisierung durch die hochförmliche Partei man in den höchsten Tönen der Entrüstung protestiert? Jedenfalls kann die Sozialdemokratie den Wahlprotesten in aller-Ruhe entgegensehen.

Der neue Landtag ist am 26. Juni vom Ministerpräsidenten Fürsten Bülow, unter Verlesung einer sog. Botschaft, eröffnet worden. Die Sozialdemokraten saßen in einem dreimaligen Gock auf dem Königsschloß, nicht teil. Vorläufig können leider nur sechs von ihnen ihr Mandat ausüben. Der siebte, Abgeordneter Karl Siebnecht, verbüßt gegenwärtig eine wegen einer politischen Schrift über ihn verhängte Festungsstrafe. Er hatte sich an den Oberreichsanwalt mit dem Antrag gewandt, ihm für die Dauer der nur auf wenige Tage vorgesehenen Landtagsession, Urlaub zu gewähren. Die an die Festungskommandantur gerichtete telegraphische Antwort des Oberreichsanwalts lautet:

Gesuch des Festungsgefangenen Siebnecht, ihn für die Zeit vom 25. bis 28. dieses Monats zu beurlauben, wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Straßvollstreckung nicht vorliegen. Ich bitte, dies dem Siebnecht zu eröffnen.

Nach Empfang dieser sehr „höflichen“ Antwort, richtete der Siebnecht eine telegraphische Beschwerde an den Reichszentraler, auf die er folgenden, etwas höflicheren Bescheid erhielt:

Zur Verrückung des vom Oberreichsanwalt erteilten Bescheides hat Reichszentraler keinen Anlaß. Der Anspruch, behufs Teilnahme an den Landtagsverhandlungen Unterbrechung einer Straßvollstreckung zu erhalten, ist durch gesetzliche Vorschriften nicht zu begründen. Aus Willkürsgründen wird grundsätzlich Urlaub nur bewilligt, wenn durch die Fortsetzung der Haft dem Verurteilten oder seiner Familie erhebliche, außerhalb des Strafzwecks liegende Nachteile erwachsen würden. Ihrem Wunsch bedauere ich, deshalb nicht entsprechen zu können.

geg. Reichszentraler. In Vertretung: Niederberg.

Da sieht man, wie das Amt des Volksvertreters an maßgebender Stelle eingeschätzt wird. Ein ehrenhafter Mann ist wegen seiner politischen Anschaungen in Haft; das Volk wendet ihm das Vertrauen zu, es im Parlament zu vertreten, aber die maßgebenden Stellen können keine Gründe finden, die es nach ihrer Ansicht rechtfertigen, den Gefangenen zwecks Ausübung seines Mandats auf einige Tage zu beurlauben. Das ist auch ein sehr charakteristischer Zug der preussisch-deutschen Reaktionsgewalten.

Der Versuch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die Gastenlosigkeit Siebnechts durch das Parlament zu erwirken, scheiterte an der kompakten Majorität der Konservativen und Liberalen.

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.**

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

**Hansastädte:** Travemünde (Sperre über Schrmann), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

**Schleswig-Holstein:** Insel Fehmarn, Kappeln a. d. Schl. (Aussperrung), Rendsburg (Sperren über das Rader Koks- und das Stahl- und Walzwerk und die Karlskütte), Wesselburen (Streik);

**Mecklenburg:** Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Hordorf);

**Brandenburg:** Wittstock a. d. B., Prenzlau, (Streik), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich), Luckenwalde (Sperre über Ziehe in Woltersdorf), Neuenhagen (Sperre über Liesegang);

**Pommern:** Fritze, Wolgast (Differenzen), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Pölitz (Streik);

**Ost- und Westpreußen:** Hammerstein (Sperren über Kofahl und Karge);

**Schlesien:** Märsdorf (Sperre über Scheundel in Grobelwitz), Festsberg (Sperre über Steinbach aus Stogitz), Oppeln-Frauenthor (Sperre über die Loh- Eisenbetongesellschaft), Hundsfield-Rosenthal (Sperre über Vetter aus Weida);

**Königreich Sachsen:** Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbierstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse, Artur Leonhardt in Stötteritz, Wasserturmstrasse), Colditz (Sperre über Gebr. Schurig aus Leipzig), Wilsen-St. Niklas (Sperre über Ferd. Döhn), Kautzkeberg (Sperren über David Ludley und L. Loos), Kautzkeberg (Sperre über Bantmann aus Lützen), Eibenstock (Sperre über Meyer aus Sosa);

**Provinz Sachsen und Anhalt:** Graau a. Magdeburg (Sperre über Weingart), Merseburg a. Halle (Sperre über Becker), Schkeuditz (Differenzen), Stassfurt (Streik);

**Thüringen:** Arnstadt (Sperre über Gressler), Schleiz (Streik), Rothenberg (Sperre über Kretschmar);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:** Norderney (Aussperrung), Stadthagen, Hornburg a. L., Varrel, Visselhövede (Streik), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“);



**Westfalen und Rheinland:**

**Dortmund** (Sperrung über den Fabrikbau Leissner in Wambel), **Elberfeld-Barmen** (Sperrung über die Arbeiten der Firma Diedrich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Vlotho** (Streik);

**Hessen und Waldeck:**

**Heppenheim a. d. Bergstrasse** (Sperrung über F. G. Held und Störz), **Darmstadt** (Sperrung über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementierer);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**

**Mannheim-Ludwigshafen** (Sperrung der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), **Lambrecht** (Sperrung über Brenk), **Hassloch** (Sperrung über Bittlinger und Steidel), **Colmar** (Bauarbeiterstreik), **Waldkirch** (Sperrung über Bayer);

**Bayern:**

**Pfarrkirchen** (Streik), **Wasserburg** (Sperrung über Nabauer), **Neuburg a. d. D.** (Sperrung über Stettner), **Marionstein** (Sperrung über Resch), **Laufen a. d. Salzach**, **Bad Aibling** (Differenzen);

**Fliesenleger:**

**Rheinland-Westfalen** (Abwehrstreiks).

**Schweiz:**

**Loèche, Bern** (Differenzen);

**Oesterreich:**

**Böhm. Leipa**, **Gloggnitz**, **Kaaden**, **Kladno**, **Kralup**, **Spalato**, **Taus**, **Troppan**, **Ug. Hradisch**.

**Ungarn:**

**Aiad**, **Debreczen**, **Kassa**, **Nagybecskerek**, **Mezőtúr** (Aussperrung).

**Schweden, Norwegen:**

**Allgemeine Aussperrung.**

**Gau Berlin.**

In **Wittstock** befinden sich die Kollegen seit dem 20. Mai im Streik, um sich dagegen zu wehren, einen von den Unternehmern diktierten Vertrag bis 31. Dezember 1912 zu unterschreiben. Inzwischen hat ein Aristokrat aus Neuburg, mit Namen F. Stoye, die Unternehmer der Dignität organisiert mit einer Aktion in Wittstock. Als Zeichen ihrer neuen Macht haben sie sofort schwarze Listen anfertigen lassen, worauf 85 streikende Kollegen verzeichnet sind. Die Listen haben sie an die Unternehmer der Prignitz, mit dem Erlauchen, diese Mauerer nicht einzustellen, verhandelt. Der Streik scheint aber den Herren doch recht unangenehm zu werden, denn sie sind fleißig auf der Suche nach Streikbrechern. Leider haben sie eine Anzahl von dem Berliner Abkommen bekommen. Vor einigen Tagen stand in der „Berliner Morgenpost“: „Mauerer melden, Restaurant „Gleimstr. 11“. Der Inhaber davon ist der frühere Verbandsvorsitzende und Kaiser Robert Köppen. Diese existieren der Arbeiter, die sich in B. als Streikbrecher gebrauchen lassen, betragen sich aber nach Mitten in der dortigen Presse derartig, daß sie sich gegenseitig die Köpfe blutig schlagen und sogar die Bürger bedrohen. Trotzdem erlauben sie sich des Schutzes der Polizei. Einige bankieren sogar mit Revolvern herum. Da es kaum glaublich ist, daß sie in Berlin soviel übrig gehabt haben, um die Dinger kaufen zu können, so muß man annehmen, daß sie ihnen jemand anders in die Hand gedrückt hat. Aber die Wittstocker Kollegen werden trotz dem Gerüde der Unternehmer wissen, daß der Verband mit seinen Mitteln hinter ihnen steht.

In **Bernau** wurde am 22. Juni über sämtliche Bauten des Unternehmers Bach die Sperrung verhängt. Der Unternehmer verlangte, daß unsere Kollegen in Afford mauerern sollten. Die einmütige Arbeitseinstellung hätte zur Folge, daß der Unternehmer die Forderung zurückzog. Gerade in diesem Lohngebiet versuchen die Unternehmer mit Lohnreduzierungen und sonstigen Verschlechterungen, aber einmütig wehren sich die Kollegen dagegen und treiben mit Erfolg.

**Gau Bremen.**

In **Barel** lehnten die Unternehmer die Forderungen ab. Sie ermutigten sich damit, daß sie meinten, unsere Organisation sei nur eine vorübergehende Erscheinung. Um die Unternehmer von diesem Irrtum zu befreien, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt und zwar bis auf zwei (Hummertstraße und Marschall) einmütig.

**Gau Danzig.**

In **Rautenburg** ist der Streik nach sechsstägiger Dauer erfolgreich beendet worden. Die Kollegen forderten einen Stundenlohn von 43  $\frac{1}{2}$  und die sechsstündige Arbeitszeit. Bisher bestand die elfstündige Arbeitszeit, wofür ein Tagelohn von 4.10 gezahlt wurde. Der Streik wurde notwendig, weil die Unternehmer überhaupt keine Zugeständnisse machen wollten. Nach einigen Tagen begabte der Bürgermeister von Rautenburg Verhandlungen der streikenden Parteien an, die von beiden Seiten angenommen wurden. Es kam ein dreijähriger Tarif zu Stande, der bis zum 1. April 1911 läuft. Bis zum 31. März 1909 beträgt die Arbeitszeit elf Stunden pro Tag und der Stundenlohn 40  $\frac{1}{2}$ . Vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 werden bei zehnstündiger Arbeitszeit 42  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn und vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911 bei zehn Stunden 44  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn gezahlt. In Rautenburg gehören sämtliche Kollegen dem Verbands an. Alle haben sie freu zur Sache gehalten und dadurch den guten Erfolg errungen.

Zu ernstlichen Differenzen kam es am 23. Juni bei dem Rahmenbau in **Deutsch Eylau**, an dem der Unternehmer Windau aus Jünkerburg die Maurerarbeiten ausführt. Den sogenannten fremden Gesellen zahlte er 45  $\frac{1}{2}$  pro Stunde und mehr, und im Gegenfall hierzu den Maurern aus Deutsch Eylau und Umgebung nur 43  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Daß eine solche Klassifizierung der Löhne zu Unzufriedenheiten führen mußte, ist klar, zumal die hiesigen Kollegen den fremden durchaus gewachsen sind. Die Eylauer Kollegen verlangten nun, daß ihnen auch der Lohn gezahlt würde, den die fremden Mauerer erhielten. Aber kaum hatten sie einen der vielen Poliere ihre Wünsche kundgegeben, so erging auch schon von dem Oberpolier die Auf-

forderung an die Maurer, sofort, und zwar in fünf Minuten, die Baustelle zu verlassen.

Etwas 50 Kollegen waren somit gezwungen die Arbeit zu verlassen. Die fremden Mauerer, etwa 30 bis 40 an der Zahl, blieben bei der Arbeit. So war die Situation, als die Kollegen den Gausvorstand von der Arbeitsniederlegung unterrichteten. Es wurden Verhandlungen angeboten, die aber kein befriedigendes Resultat brachten. Der Geschäftsführer der Firma setzte sich aufs hohe Pferd, redete viel von „Ultimatum stellen“ und „Arbeit niederlegen“, was er sich nicht gefallen lassen und erklärte, daß er eine Tafel anschlagen lassen werde mit der Aufforderung an die Streikenden, am 25. die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Es sollten nach Möglichkeit die bisherigen Arbeitskräfte wieder eingestellt werden. Damit waren die Verhandlungen mit diesem Herrn zu Ende. Als aber die Tafel mit der ominösen Aufforderung erschienen war und die ausständigen Kollegen auf die Baustelle rückten und ihre Unzufriedenheiten und ihr Geld verlangten, kam die Sache anders. Der Polier und die Bauhelfer erklärten, von jeder Maßregelung Abstand zu nehmen und jeden einzustellen. Auch auf die Einführung der elfstündigen Arbeitszeit wurde verzichtet. Ferner gab der Polier die Erklärung ab, sich in Zukunft genau nach dem Tarif in Deutsch Eylau zu richten und Maßregelungen zu unterlassen. Die Kollegen berücksichtigten die gegebene Situation und erklärten sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Kaum war die Arbeit aufgenommen, als die „Deutsch Eylauer Zeitung“ erschien und eine große Anzeige der bauausführenden Firma brachte, die nach der Ueberschrift zu urteilen, Aufklärung über den Mauererstreik schaffen wollte, aber gerade das Gegenteil bewirkte. Auf die Anzeige einzugehen, lohnt sich nicht, denn sie ist viel zu albern gehalten. Nur den Vorwurf wollen wir zurückweisen, daß die Mauerer „ohne Kündigung kontraktbrüchig“ geworden seien. Die Kollegen konnten nicht „kontraktbrüchig“ werden, weil sie mit der Firma keinen Tarif vereinbart hatten. Das weiß doch der Geschäftsführer des Herrn Windau auch. Wozu also solche Täuschungsmanöver?

**Gau Hamburg.**

Vom Zweigverein **Ludwigshafen** wird berichtet, daß sich die Unternehmer in einer Verhandlung weigerten, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Falls sich die Unternehmer nicht noch anders besonnen haben, ist am 1. Juli die Arbeit eingestellt worden.

**Gau Leipzig.**

Die Firma **Gebrüder Schürich** aus Leipzig führt in **Colmen** ein Kirchenbau aus. Diese Firma hätte nun nach dem im Oktober 1907 mit den Colbigher Unternehmern abgeschlossenen Vertrag einen Stundenlohn von 40  $\frac{1}{2}$  zahlen müssen; sie zahlte aber nur den Stundenlohn von 37  $\frac{1}{2}$ , wie er im Vertragsgebiet Leipzig üblich ist. Auf Veranlassung der Colbigher Kollegen hatte der Gausvorstand die Sache untersucht und mit den in Frage kommenden Kollegen gesprochen. Ferner hatte der Gausvorstand am 2. Juni die Firma ersucht, den vertragsmäßigen Lohn zu zahlen. Die Firma lehnte es rundweg ab und überbot die Angelegenheit dem Arbeitgeberverband, Bezirk Döbeln, zur weiteren Entscheidung. Der Gausvorstand war nun der Meinung, daß die Ueberweisung an den Arbeitgeberverband einer Verschleppung gleichkomme und empfahl deshalb am 13. Juni den am Kirchenbau beschäftigten Kollegen, nochmals bei Schürich vorstellig zu werden und zu sagen, daß sie mit dem abnehmenden Bescheid nicht einverstanden sein könnten. Die Firma Schürich lehnte aber wiederum jede Lohnaufbesserung ab. Am 15. Juni kam es deshalb zur Arbeitseinstellung. In Frage kommen 12 Kollegen mit 24 Kindern. Am 16. Juni verließen nun der Vertreter des Gausvorstandes und die Lohnkommission mit Schürich zu reden und ihn schließlich zu veranlassen, den Colbigher Vertrag anzuerkennen, aber bezagend. Der Unternehmer Schürich erklärte, er könne allein über diese Angelegenheit nicht entscheiden, er wolle abwarten, welche Stellung der Arbeitgeberbund dazu einnehme. Am 20. Juni erließ der Gausvorstand von der Firma folgendes Schreiben:

Nachdem wir uns nochmals an den Vorstehenden des Arbeitgeberverbandes gewandt haben, erhielten wir heute Antwort, welche wörtlich lautet:

In Sache: Ihres Lohnstreiks für einen Bau in Colmen kann nur unser Tarif in Frage kommen. Dieser Ort liegt in ihrer Geschäftssphäre und kann nicht eng durch den amtschauptmannschaftlichen Bezirk begrenzt werden.

Gesellschaftslohn

geg.: K. Koch, Baumeister.

Vorstehender des Arbeitgeberverbandes.

Gesellschaftslohn

Baufirma Otto Schürich.

Inhaber: **Georg und Otto Schürich**.

Auf dies Schreiben ist der Firma Schürich vom Gausvorstand mitgeteilt worden, daß er die Ansicht des Vorstehenden, Baumeister Koch, nicht teilen könne. Im Döbelner resp. Leisniger Vertrag steht, daß es für alle zur Amtshauptmannschaft Döbeln gehörenden Orte Gültigkeit hat. Da der Ort Colmen zur Amtshauptmannschaft Grimma gehört, ist für jeden, der die Dinge nicht durch die Unternehmerrbrille ansieht, klar, daß der Döbeln-Leisniger Vertrag nicht in Frage kommen kann. Außerdem läßt der Vorlaut des Colbigher Vertrages über den Ort Colmen gar keine Zweifel aufkommen. Interessant an der ganzen Sache ist die Auslegungsfunktion des Baumeisters Koch, als Vorstehender der Arbeitgeberorganisation. Weil er den Ort Colmen nicht in das Leisniger Vertragsgebiet verlegen kann, so muß, um den Unternehmer, der sich um die Bezahlung eines vertraglich festgelegten Stundenlohnes herumbrüht, zu schätzen, die „Geschäftssphäre“ herhalten. Wo in aller Welt gibt es denn neben einem gemeinsam vereinbarten und bestimmt abgegrenzten Vertragsgebiet noch eine besondere Geschäftssphäre der einzelnen Unternehmer? Doch jedenfalls nur da, wo man bestehende Tarife zu umgehen beabsichtigt. Gesetzt den Fall, in Leisnig würde ein höherer Stundenlohn als 37  $\frac{1}{2}$  gezahlt und ein auswärtiger Unternehmer würde im Leisniger Vertragsgebiet für niedrige Löhne arbeiten ausführen, also den Leisniger Unternehmern Konkurrenz machen, würde man da auch so schamlos von der „Geschäftssphäre“ des betreffenden Unternehmers reden? Ja, Bauer, da ist es ganz was anderes! Sedenfalls werden unsere Kollegen dafür sorgen, daß solche Vertragsumgehungen nicht gelingen.

**Gau Mannheim.**

In **Waldfrick** sind den Unternehmern am 21. Juni Forderungen unterbreitet worden auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Verringerung der Tagelöhner, Zahlung eines Stundenlohnes von 43  $\frac{1}{2}$  sowie Festlegung von Lohnzuschlägen für Lieberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und Regelung der Kündigungsfrage. In einem Tagebucheitreiben wurden die Unternehmer gebeten, mit der Organisationsleitung darüber zu verhandeln und sich bis zum 25. Juni dazu zu äußern. Pünktlich am genannten Tage lief die Antwort der Unternehmer ein, worin sie sich wider Erwarten außer Hande erklärten, auf die geäußerten zeitgemäßen und berechtigten Wünsche der Kollegen einzugehen. Von eventuellen Verhandlungen erwähnten sie kein Wort. Dagegen sagten sie, daß ihr Vorhaben unter Zustimmung des Vorstandes badischer Arbeitergebet gehe. Sollte es später demnach zum Abschluß eines Vertrages kommen, dann nur auf der Grundlage des Vertragsmusters des deutschen Arbeitgeberbundes. Inzwischen haben die Herren in einer Weise in die Bewegung eingegriffen, wie man das nur von einem brutalen Unternehmern gewohnt war. Der Unternehmer **Jul. Bayer**, in Firma **W. Bayer**, entließ am 26. Juni 1908 bei ihm beschäftigte norddeutsche Werbanthkollegen, die er vorbom gar nicht fremdlich genug behandeln konnte. Er ließ durchblicken, das seien die Streikbrecher; obwohl diese Kollegen erst frisch angestellt waren und die Bewegung gar nicht kannten. Das Verbrechen der Kollegen bestand darin, daß sie einige Propaganda für die Organisation gemacht hätten. Es ist selbstverständlich, daß sich durch die Maßregelung dieser Kollegen die friedliche Situation wesentlich verschärfte hat. Eine stark besetzte Versammlung am 27. Juni beschloß, den Schlag zu parieren und über das Geschäft Bayer die Sperrung zu verhängen. Wenn die Unternehmer nicht in letzter Minute noch einlenken, dann dürfte der Kampf unvermeidlich werden. Die Arbeiter haben das nicht gewollt. Bei der Firma Bayer kommen, einschließlich der Hilfsarbeiter, etwas über 100 Kollegen in Betracht. In **Waldfrick** insgesamt, das heißt in dem Lohngebiet, beträgt die Zahl der Maurer und Bauhelfer 300, davon sind gut zwei Drittel Italiener. Auf diese bauen die Unternehmer. Wir können ihnen verraten, daß ihre Hoffnung in diesem Falle zu schanden wird. Ob es den Unternehmern gelingt, durch Regulierung mit Wurst und Bier eine Anzahl deutscher Kollegen zum Verräter an sich selbst zu machen, muß ebenfalls bezweifelt werden, obwohl solche Elemente vorhanden sind. Wir hoffen jedoch, durch die Macht der Organisation dieses Beginnen der Unternehmer zu vereiteln und der Arbeiterseite den Sieg zu sichern. Ein weiterer Umstand spricht noch mit. Es fragt sich, ob unter diesen Umständen die ausstehenden Verträge in Freiburg und Lafr abgeschlossen werden können.

**Gau München.**

In **Marienstein** führt gegenwärtig ein Unternehmer Namens **Nisch** zwei Wohnhausneubauten auf, die der dortigen Portlandzementfabrik gehören. Die Vorarbeiten betreffen Bauarbeiterstreik scheitern aber dem Unternehmer Nisch unbekannt zu sein. Wiederholt wurde er von unseren Kollegen auf die geradezu haarsträubenden Zustände aufmerksam gemacht, leider ohne Erfolg. Obwohl ein Bau bereits mauerfertig ist, ist keine Etage abgedeckt. Gerüstbretter sind, abgesehen von einigen Krämmern, überhaupt nicht vorhanden. Ohne irgend eine Schutzvorrichtung klettern die Leute auf dem Dachstuhl umher. Kein Abort, kein Unterkunftsraum, kein Trinkwasser ist vorhanden. Am 25. Juni war der Arbeiter Alois Duntz mit Steinmetzen beschäftigt. Da nun auch für den Transport irgend eine Laufstrecke nicht vorhanden war, balancierte Duntz mit 17 Steinen beladen, auf einem Balken entlang. Da der Balken mit seiner Last zwei Stadien hinunter, wo er schwer berstet liegen blieb. Er wurde dann nach Tegersee in das Krankenhaus geschafft. Unsere Kollegen machten nun den Unternehmer auf seine Verantwortung aufmerksam, worauf Nisch in Wut geriet und fünf unserer Kollegen entließ. Da der Unternehmer jeder Unterhandlung unzugänglich war, legten auch die weiteren vier Kollegen die Arbeit nieder. Ueber das Baugeschäft Nisch ist nun die Sperrung verhängt. Die Kollegen werden ersucht, den Zugang fernzuhalten. Als Beichlicher des Unternehmers Nisch spielte sich bei dieser Gelegenheit der Bremer Ostermaier auf, der unsere Kollegen durch sinnlose Beußerungen zu provozieren suchte und in seiner Dummheit die Vandalenpredigt als politische Versammlung bezeichnete. Die Arbeiterchaft von Marienstein wird sich den seinen Herrn wohl merken.

In **Pfarrkirchen** hat der Unternehmer Nagler kapituliert und eine Vereinbarung unterzeichnet, die gegenüber dem bisherigen Verträge für unsere Kollegen manchen Vorteil enthält. Mit der Lohnaufbesserung war es also diesmal nichts, Herr Nagler! Wenn die beiden anderen Unternehmer vernünftig sind, so werden sie mit der Unterzeichnung nicht so lange warten, bis Herr Nagler jetzt die ganze Bauitätigkeit an sich gerissen hat.

**Gau Nürnberg.**

In **Schwabach** streiken die Zimmerer schon seit mehreren Wochen. Beim Maurermeister Thaler sollten unsere Kollegen richten helfen, was sie dem Kartellvertrage gemäß ablehnten. Es wurde ihnen darauf die Entlassung angedroht, sie kamen der Ausführung der Drohung aber gubor und machten selbst Feierabend. Sie bemühten sich nun um andere Arbeit und wurden auch beim Maurermeister Metz eingestellt, auf Beden des Herrn Thaler aber wieder entlassen. In dem Geschäft von Richter ging es ihnen ebenso. Sie haben nun die Schlichtungskommission angerufen. Wir können unsere Kollegen den Vorwurf nicht erproben, daß sie nicht korrekt gehandelt haben. Sie stehen mit den Unternehmern im Vertragsverhältnis und hätten darum die Unterbrechung der Wasserleitung des Thalers vor die Schlichtungskommission bringen und im übrigen bei ihrer Weigerung, Zimmerarbeit zu verrichten, beharren sollen. Mit der Arbeitsniederlegung haben sie sich ins Unrecht gesetzt.

**Fliesenleger.**

Von dem Kampf im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird aus Gelsenkirchen berichtet, daß sich dort zwei Brüder Weber und mehrere zu einer „Genossenschaft“ vereinigte frühere Anarchos zu Streikbrechern erniedrigt haben. Es wird ihnen polizeilicher Schutz zu teil, den sie sich auch gern gefallen lassen. Vor drei Wochen haben zwar einige Mit-



iller der Genossenschaft die Erklärung abgegeben, daß seine  
 Streitbarkeit beibehalten werden sollte, aber hieran hat man sich  
 nicht gehalten. Die Genossenschaft führt auch die Arbeiten  
 im evangelischen Krankenhaus aus. Selbstverständlich hat die  
 Krankenhausverwaltung diesen Arbeitswilligen Bier und  
 Nahrungsmittel in Fülle zur Verfügung gestellt. Die Kosten  
 zur Vergeltung sollen den streitenden Kollegen von dem Mes-  
 sioner abgezogen werden. Jeder geben sich auch einige Maurer  
 dazu her, den Mitleidlegenden in den Käden zu fallen. So  
 arbeitet auf der Feste Gwaid in Kesse (in den Kolonien) man-  
 che anständig, geistlich organisierter Maurer Franz Gagneiner,  
 und bei dem Unternehmer Pfenkamp ein Polier Pübenz als  
 Streikbrecher. Die schwarzen Kisten der Unternehmer können  
 die Kollegen nicht fähren. Sie enthalten übrigens manche  
 Namen, deren Träger sich heute als brave Unternehmerrhetoren  
 abgeben und enthalten manche von Kollegen nicht, die in der  
 Bewegung ihren Mann stehen. Besonders geschieht ich man al-  
 nicht dabei verfahren. Trotzdem bleibt diese Tatsache als ein  
 Deutlich klarer Beweis für den Existenzkampf der Arbeiter,  
 denn bisher nur es wohl noch nicht da, daß man die Namen von  
 rund 400 streitenden Arbeitern in einem öffentlichen Blatte (der  
 „Arbeitsvereinsliste“ des samojen Schmeibehaus) in Beruf er-  
 klärt. Man will diese Kollegen, sogar von der Maurerarbeit  
 ausschließen. Aber diesen Xerismus hört man keine Ent-  
 rüstung, noch weniger von einem Eingreifen des Staatsanwalts.

Man **Drückbrot** spielt die Polizei eine eigentümliche Rolle. Im Innange der Bewegung war sie lediglich unparteiisch. Aber jedenfalls haben einflußreiche Leute remontriert, und nun macht sie derartig in „Streitfächerhügel“, daß sie sich vor keiner anderen Polizei mehr zu verstecken braucht. In einem Nebenamt der Prinzingerstraße arbeitet der Sozialistwarenhändler **Wilhelm Dummerbeck** (er wohnt am **Mühlplatz**) als Streitfächer. Handel schon jeder Streitfächer lumpig, so weiß man nicht, wie man dieses Menschen Handlungsweise nennen soll. **Not** treibt den Dummerbeck sicher nicht zu seiner — eben **Lat**. Natürlich ist D. ein „frummer“ Mann, er ist im Nebenamt Hauptmann im **Schöfian-Schützenverein**. Man verfuhr den Menschen aufzuklären; aber vergebens. Nun hatte ein Arbeiter in dem betreffenden Bau gefährlich zu tun. Kaum hatte er den Bau betreten, als ihn ein Mann anbrüllte, er solle den Bau verlassen, sonst würden ihm die Knochen entzwei geschlagen. Darauf füllte sich der Mann auf ihn und bearbeitete seinen Rücken mit Faustschlägen, obwohl der Arbeiter den Bau verließ. Und wer war dieser Mann? Ein Kriminalschutzmann mit der Dienstnummer 301. Sie haben wohl lange nichts **Warme** im **Leide** gehabt! **Schrie** er den Arbeiter an. War der Mann ein **Eulenburger**, oder wollte er dem Arbeiter einen Gruß mit der **Polizeipistole** in die **Aussicht** stellen? So behandelt die **Polizei** arge **Leute**, wenn sie zum **Schutz** der „nützlichen Elemente“ **kommandiert** wird. Aber an dem **Ausgange** des **Kampfes** kann sie damit auch nichts ändern.

Von **Carl** wird geschrieben: Nachdem die hiesigen Patente-  
ler am 27. Mai wegen der bekannnten Verschleissungen in  
den Abwehrkreis eingetreten waren, beschloß die Organisation  
der Unternehmer, den Lohn für den 23., 25. und 26. Mai, der  
am 29. Mai fällig war, den Begern vorzuenthalten. Die Folge  
davon war, daß mehrere Kollegen verschiedene Firmen an-  
hiengen Gewerbegericht um den rechtmäßig verdienten Lohn  
verlangen. Am 4. Juni fand die Hauptversammlung statt. Drei der  
Kläger, und zwar die, die im Termin an erster Stelle standen,  
wurden mit ihrer Klage abgewiesen. Sie hatten nämlich die  
Arbeiten in der Tierkörpervermehrungsanstalt auf der Grund-  
basis des alten Tarifs am 23. Mai begonnen. Um 29. Mai wurde aber  
der Organisation ein Schreiben, datiert vom 23. Mai, von der  
Unternehmerorganisation zugehändelt, worin ausdrücklich hervor-  
gehoben wurde, daß vom 25. März d. J. an die von ihr auf-  
gestellten Arbeitspläne und der neue Lohnvertrag auf sämt-  
lichen Arbeitsplätzen, wozu auch die Köhler Arbeitsplätze  
gehören, in Kraft trete. Nun war im Jahre 1906 schriftlich  
vereinbart worden, daß im Jahre 1908 kein Vertrag zu stande  
kommen dürfe, bei der Arbeiter unglücklich stelle als der Ver-  
trag, der am 1. Mai dieses Jahres ablief. Da das aus-  
von der Besagten durch Untergericht befähigt worden  
war, glaubten die Kläger berechtigt zu sein, nachdem obige  
Zunehmungen in die gestellt wurden, die Arbeit niedrigerzulegen.  
In dem Urteil des Schlichtenden Gewerbegerichts vom 4. Juni,  
das uns jetzt schriftlich vorliegt, heißt es, daß die Kläger oder  
die Vertreter der Gehälten bei dem Vorsitzenden der hiesigen  
Unternehmerorganisation nicht angefragt hätten, ob die Be-  
dingungen vom 25. Mai auch für die bereits angangenen  
Arbeiten gelten sollten. Hierzu glaubten die Kollegen um so  
weniger Veranlassung zu haben, als aus der Mitteilung der  
Unternehmer vom 25. Mai klar und deutlich hervorging, daß  
auf allen Arbeitsplätzen die von ihnen aufgestellten Be-  
dingungen in Kraft treten sollten. Beschäftigt in ihrem  
Borgehen wurden aber die Kollegen noch dadurch, daß der  
Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Patente-  
gewerbe, Herr Marchand, am 19. Mai, nachdem die Verhandlungen in  
Essen gescheitert waren, erklärte: „Meine Herren, wir arbeiten  
jetzt ohne Vertrag.“ Wenn es ferner in dem Urteil heißt, daß  
die Arbeiter den § 13 des alten Tarifvertrages, der zur  
Schlichtung von Streitigkeiten eine Kommission vorschreibt, nicht  
berücksichtigt hätten, so dürfte es wohl klar sein, daß nach den  
oben geschilderten Umständen von den Bestimmungen des alten  
Tarifes keine Rede mehr sein konnte. Wenn nun das  
Gewerbegericht der Auffassung war, daß diese bisher an-  
gegriffenen Gründe nicht stichhaltig genug waren, so hätte es  
aber zur Verurteilung der Besagten kommen müssen,  
als die Kläger noch ferner stellten, daß, wenn sie gewünscht  
hätten, das Schriftstück, das im Jahre 1906 auf Freu und  
Glauben zwischen beiden Parteien zu stande gekommen sei, durch  
die Firma geteilt werden würde, sie sich in dem Vertrage  
Bestimmungen vorbehalten hätten, wonach sie zu jeder Zeit  
berechtigt gewesen wären, die Arbeit einzustellen. Ueber  
diesen Punkt sagt das Gewerbegerichtsurteil sehr wenig,  
obwohl es nach Lage der Verhältnisse mehr in den Vordergrund  
gestellt werden mußte. Unbedingt hätte das Gewerbegericht bei  
genauer Prüfung der Sachlage zur Verurteilung der Besagten  
kommen müssen. Deswegen können wir den Schlußspruch des  
Gewerbegerichts nur als einen Jesuitismus bezeichnen. Die  
übrigen 25 Klagen sind, nachdem sich beide Parteien darüber  
verständigt hätten, verlegt worden.

### Aus Schweden.

Nach Meldungen der Tageszeitungen ist die angekündigte Aussperrung in Mittell- und Südschweden bereits erfolgt. Es sollen 10 000 Bauarbeiter davon betroffen sein.

**Berichtigung.** In der vorigen Nummer waren die Orte Neuburg a. d. D. und Pfarrkirchen unter den Gau Leipzig gerathen. Beides sind gut bairische Orte und gehören zum Gau M ü n c h e n.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

**Sterbegeld** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und  
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 22. bis 27. Juni für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn. Inhabrdt-Hamburg (Franz), 29 323; Aug. Wenzel-  
Hamburg, 26 717; Joh. Rabowski - Commern, 72 562;  
St. Nawrocki-Polen, 364 276; S. Rolfner-Schöningen (Franz),  
59 566; Louis Friedrich-Oldenburg i. Gr., 187 268; Hr. Salt-  
Reidenberg i. Schl., 291 881; Herrn. Alfrid-Schöningen (Franz),  
194 391; Wlsl. Kießer-Mannheim, 261 900; Herrn. Benner-  
Dortmund, 176 419; A. G. Bauer - Dresden, 162 246;  
A. Schernewski-Berlin, 6146; G. Endres-Münster, 112 061;  
W. Muffin-Glauchau (Franz), 216 397; F. Hilbrandt-Erfurt,  
67 295; Karl Richter-Gemünn, 391 208; Ernst Sieb-Idoln  
(Franz), 240 226; Ed. Kuppeler-Thorn, 181 265; G. Stapelfeldt-  
Bibbich, 84 980; Heinn. König - Frankfurt a. M., 188 448;  
Fr. Triuk-München, 240 266; Frz. Schmarz-München, 226 384;  
Fr. Kirzner-Orlinden i. Schl., 224 659; G. Weder-Verschen  
(Franz), 145 827; Jac. Gros-Karlsruhe, 242 291; Heinn. Tiefelde-  
Braunschweig, 12 582; G. Krummshagen-Gelfertichen, 71 027;  
S. Schadenberg-Spandau, 101 647; Ferd. Werther-Halle, 25 552;  
Herrn. Böfel-Mühlau, 177 202; Karl Klein-St. Johann, 69 896;  
Guft. Rode-Wehen (Franz), 149 517.

**Geldsendungen** für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 27. Juni 1908 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

31868 M. 800, Siegen 150, Mißla 150, Hofenstein-Ernst-  
 thal 100, Seebauhen 6, Banglehen 100, Schwarzenberg 89,43,  
 Kronach 4,10, Kalrbrugg 800, Mey-Ruppin 600, Pfensburg 200,  
 Pöwenau 400, Kottig 100, Leutmannsdorf 85, Barth 60,  
 Waldenburg i. Schl. 800, Herne 800, Gnehmig 800, Pfort-  
 heim 800, Straßburg i. Elß. 800, Heidelberg 600, Celle 350,  
 Annaberg 235, Guben 209, Kößlin 200, Sudauau 69,30,  
 Dargitz 781,45, Bromberg 600, Pfensburg 262,40, Viefelied 900,  
 Seidbrückau 100, Gera 800, Schweinitz 203, Wilhelmsh-  
 haven 200, Jheebor 160, Traunficht 150, Zitta 800, Werdau 500,  
 Kohna 200, Krennen 80, Büdensfeld 300, Würzburg 300,  
 Gummersdorf 280, Wittgenberg 200, Bärge 50, Goltz 400,  
 Eufurt 300, Bergeborf 150, Sallé 800, Deffau 450, Graudenz 400,  
 Rimbach 200, Randaub 100, Todtauu 5,31, St. Johann 800,  
 Mißlauhen i. Elß. 600, Nendshurg 232,11.

b) Für „Referentenführer“.

Ludau, Wolmirsted und Dessau je M. —, 70, Gau Nürnberg 1,40.

c) Für Bauarbeiter (Schulz. 150, Weisendorf — 70)

Vom Vorstandsvorstande bestätigt sind die neu-

gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

**Mit verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen W. Sellmer-Gannover (5248), Waijers Giacomo-Bidenfeld (50 500 K.), Frk. Hinde-Leipzig (9720 K.), Ernst Schulz-Königsberg i. Pr. (153 286), Fr. Schneider-Düsseldorf (140 468), Wlfr. Vogt-Donn (200 203), Fr. Thomas-Mielau (218 082), Frz. Wittenmann-Kölnberg (278 897), Aug. Nuss-Laubach (345 050), Paul Peter-Erlin (308 564), Hs. A. Lambert-Darmstadt (327 648), W. Glaser-Stuttgart (390 385), Fr. Wlaschot-Beruda (399 895), Fr. H. Huber-Freiburg i. Pr. (412 826), Ferd. Israhel-Eberswalde (433 310), Constantin Wuppelstein-St. Johann (458 056), Ad. Goldhoff-Barmen (487 279), Dr. Wimmel-Merzig (1095 K.), Fr. Hönisch-Samburg (29 773), Joh. Hennecke-Gannover (32 270), Wm. Jacobi-Bojen (43 726), Fr. Wiltner-Berlin (149 736), Ernst Straube-Beirwisch (180 181), Karl Nische-Brig (381 034), Heinrich Rinderbeid-Duisburg (421 809).

**Ausgeschlossen** sind auf Grund § 37b des Statuts vom  
Zweizehnten Niemege: Friedrich Grünthal (Verb.-Nr. 166 265),  
Paul Encke (166 266), Otto Waplow (166 270), Friedrich  
Haufig (166 281), Veresh. Böhm (166 283); Dübén: Karl  
Grund (288 992), Paul Felsch (288 993); Berlin (Büger):  
Johann Jendreske (880); Wölbdenberg: Manabius Downing  
(108 240), Friedrich Frädrich (108 248), Karl Meier (108 276),  
Hermann Häumerling (294 945); Müllengrund: Bernhard  
Wegner (485 856), Emil Büß (485 865), Kurt Schüller (79 543),  
Eugen Wolf (424 024), Heinrich Simson aus Nichtenhagen  
(485 883); Fürsténwalde: Karl Schmidt (70 898),  
Nürnberg: Friedrich Benter (168 650); Schteubitz:  
Adolf Seiler (98 669), Karl Dietrich (98 764).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert,** ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein **S a g e n t**. **H.** Rudolf Hellenbroich, geboren am 21. Januar 1887 zu Altona (Verk. - Nr. 201 836), Hugo Hense, geboren am 30. Juli 1886 zu Berlin, Paul Jelinek, geboren am 19. Juli 1870 zu Künzendorf; **D o r t m u n d**. **S ä t t g e n d o r t u n d**: Karl Semrau, geb. am 23. April 1877 zu Graubenz, Peter Egan, geboren am 22. Februar 1886 zu

Muchenitz; Solingen=Ohligß: Leo Bierwagen, geboren am 25. Oktober 1888 zu Jordan (446 194); Straßunb: D. Freese, geb. am 7. April 1883 zu Straßunb (102 770).

Um Angabe ihrer Adresse werden ersucht vom Zweigverein Goslar: Hermann Woffe aus Kl. = Möhren bei Goslar a. Harz (Verb.-Nr. 333 891); vom Verband: Theodor Walf; derselbe wohnte Anfang Juni in Medinghoven i. Westfalen.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mittheilung zu machen. **Der Verbandsvorstand.**

## Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

**Berlin.** Die Sektion der Gips- und Zementbranche befaßte sich in einer am 24. Juni in den „Aminhallen“ abgehaltenen Generalversammlung mit der Kündigung des am 30. September 1908 ablaufenden Tarifvertrages. Der Tarifvertrag wurde im Jahre 1908 von der Berliner Betonverein abgeschlossen; er läuft stets ein Jahr mehr, wenn er nicht am 1. Juli von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt wird. Der Vorsitzende, Kollege Gaeze, unterbreitete der Versammlung den Bescheid der erweiterten Vorstandssitzung, den Kollegen zu empfehlen, den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Zur Begründung dieses Vorbeschlages führte er aus, daß bei der schlechten Baukonjunktur und der wirtschaftlichen Krisis an eine Verbesserung des bestehenden Vertrages schwierig gedacht werden könne. Unter diesen Umständen wäre es nicht ratsam, den Vertrag zu kündigen. Würde dem Vorbescheid des Vorstandes gemäß beschließen, so würden wir dadurch befunden, daß wir uns Frieden wollen. Sollte wider Erwarten die Organisation der Unternehmer den Vertrag kündigen, würden wir in einer schlechten Versammlung das Szepter nehmen. Zur Begründung und sachlich gestützten Disziplin sprachen wir in mehreren von Kollegen als Redner für den Antrag des Vorstandes zugegeben wurde in der Disziplin, daß in der Zukunft, gerade der Lohn einer Aufbesserung bedürftig, doch wäre es nicht zu empfehlen, bei der gegenwärtigen Konjunktur in eine Lohnbewegung einzutreten. Beschließen wurde gegen diesen Stimmen den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Hierauf wurde vom Wahlkomitee bekanntgegeben, daß als Delegierte zum nächsten Verbandstage die Kollegen Grundmann und Gaeze gewählt wurden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Entlassungnahme zur Affordarbeit“, beantragte der Vorstand, diesen Punkt von der Tagesordnung abzuheben und die Frage in den nächsten Gruppenversammlungen zu diskutieren. Der Vorbescheid wurde einstimmig angenommen. Am 18. Juni wurde für die Sektion der Gips- und Zementbranche eine Bautenkontrolle vorgenommen. Das genaue Resultat dieser Kontrolle wird in den Gruppenversammlungen bekanntgegeben und dann im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Festgestellt wurde, daß auf mehreren Baustellen die Arbeitszeit ungebührlich verlängert wird; vornehmlich trifft dies auf die Zementbranche zu. Zur Charakterisierung wurde der Bau Friedrichstraße (Passage) der Firma M. Garnitzow & Co. angeführt. Auf diesem Bau sind die Überstunden an der Tagesordnung, und trotzdem sich die Kollegen in mehreren Bauversammlungen gegen die Leistung von Überstunden erklärten, haben sie es fertig gebracht, täglich bis zu 15 Stunden zu arbeiten, auf einer Zeit, wo Hunderte von Kollegen wochenlang arbeitslos sind. Es ist geradezu unerhört, wenn die Kollegen sich soweit vergessen und gegen ihre eigenen Beschlüsse verstoßen, indem sie fortgesetzt die Arbeitszeit bis ins Unendliche verlängern. Die Versammlung nahm mit Enttäuschung Kenntnis von dem Verhalten der auf diesem Bau beschäftigten Kollegen und sprach die Erwartung aus, daß in der Zukunft jeder Kollege die im Vertrage festgesetzte Arbeitszeit einhält.

Die Räter hielten am 24. Juni in den „Reinholden“ ihre Mitgliederversammlung ab. Zunächst teilte der Sektionsleiter Schulze mit, daß für den Zweigverein zwölf Delegierte zum Verbandstag zu wählen sind, wovon zwei auf unsere Sektion entfallen. Dann wurde vom Stadtdirektoren Genossen Bölle ein Vortrag gehalten über „Kampf zwischen Kapital und Arbeit“. Hierauf gab der Obmann des Wahlkomitees, Kollege Richter, das Resultat der Delegiertenwahl bekannt. Es erhielten Förster 68, Remme 60, Werks 56, Schulze 78, Schimanski 102 Stimmen. Gewählt ist Schimanski. Es muß außerdem eine Stadtpartei stattfinden zwischen Remme und Schulze. Anschließend hieran teilte Schulze mit, daß das frühere Mitglied der Räter, Köppen Heinrich, 11 ein Restaurant hat und daß der Verband der Baugesäfte die Geschäfte eines Streikbrecheragenten übernommen hat. Ferner machte der Vorstand den Vorstoß, die nächste Mitgliederversammlung ausfallen zu lassen; es wurden dafür am 15. Juli die Begünstigungen Ratstinnen. Das diesjährige Stiftungsfest findet am 8. August im „Prater“, Kastanienallee, statt.

**Chemnitz.** Am 16. und 23. Juni hielt der hiesige Zweigverein Mitgliederversammlungen ab. Die erstere, die schließ besucht war, befaßte sich mit dem nächsten Verbandstage in Hannover. Nachdem die Tagesordnung kurz besprochen und mehrere Anträge gestellt worden waren, wurde Kollege Kessler als Verbandstagesdelegierter gewählt. In der zweiten Versammlung, die besser besucht war, hielt Kollege Bachmann einen Vortrag über Arbeiterfrucht. Dann mußte die Neuwahl des ersten Vorsitzenden vorgenommen werden, da der Kollege Bachmann, der bisherige Vorsitzende des hiesigen Zweigvereins, in Breslau als Zweigvereins-



vorstehender und Angestellter gewählt worden war. An seiner Stelle wurde Kollege Emil Reiter gewählt. Am Schluß der Versammlung wurde dem Kollegen Bachmann, der am 1. Juli seinen Posten in Breslau antritt, viel Glück gewünscht und ein Lebenswohl nachgerufen.

**Göln.** Drei Generalversammlungen des hiesigen Zweigvereins fanden in den letzten 14 Tagen statt. Eine am 14., die zweite am 18. und die dritte am 23. Juni. Die beiden ersten Versammlungen beschäftigten sich vornehmlich mit den Anträgen zum Verbandstage und der Delegiertenwahl. Zum § 19 c wurde beantragt, daß Mitglieder, die länger als eine Woche arbeitslos sind und dieses in der vom Zweigverein beschlossenen Weise melden, vom Beitrage befreit werden sollen. Ferner zum § 19 e, daß Mitglieder, die noch nicht framentunterstützungsberechtigt sind, im Krankheitsfalle vom Beitrage befreit sind. Zum § 29 b wurde beantragt, daß die Framentunterstützung nur in der Art die Kollegen ausbezahlt werden darf, jedoch sollen die Kollegen verpflichtet werden, in den von den Organisationen geschaffenen Werkstätten zu logieren. Der § 19 Abs. 2 des Streikreglements, der sich vornehmlich auf die Jungesellen bezieht, soll gestrichen werden. Unter „Allgemeines“ wurde beantragt, daß die Extrabeiträge bis zum 1. Dezember d. J. von allen Kollegen bezahlt sein müssen, widrigenfalls ihre Mitgliedschaft als erloschen zu betrachten ist. Man ging hierbei von der Erwägung aus, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Kollegen noch Gelegenheit genug gehabt hätten, der Organisation gerade zu werden, man also keine Ursache mehr hätte, der Kaution und Interessensicherung durch weitere Berücksichtigung in dieser Frage noch Vorbehalt zu leisten. Gleichfalls wurde hierbei zum Statut noch beantragt, und zwar zum § 19 Abs. 4, daß den ersten drei Instanzen des Verbandes das Recht zusteht, die Frage eines Extrabeitrages zu erwägen, jedoch soll die Beschäftigung darüber den Mitgliedern durch Abstimmung überlassen bleiben. Als Delegierte zum Verbandstage wurden die Kollegen Th. Borch und Carl Karbach gewählt. Die dritte Versammlung beschäftigte sich eigens mit dem Abwehrstreik der Plattenleger, worin das rigoreuse Vorgehen der Plattenfirmen einer gebührenden Kritik unterzogen wurde. Insbesondere wurde noch einmal das schriftliche Ehrenwort der hiesigen Unternehmer des Plattenhandels vom Jahre 1906 und ihre gegenwärtige Handlungsweise beleuchtet und die Kollegen, namentlich im Mauerberufe, ermahnt, Solidarität zu üben und gegenwärtig eine Plattenarbeit zu verrichten. Der Stand der Bewegung ist günstig, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen werden. Zum Schluß wurden dann noch die Maurer Jos. Zischow, Buch Nr. 61 010 und Alois Adenbosen, Buch Nr. 308 883, wegen Streikbruchs bei den Plattenlegern aus dem Verbandsausgeschlossen.

**Danzig.** Eine überaus rohe Behandlung wird den Arbeitern an dem Neubau des hiesigen Justizgebäudes durch den Kollegen Kolinowski zu teil. Dieser gute Mann, der vor einiger Zeit einen Kollegen, der etwas angetrunken war, ohne jeden Anlaß und ohne jeden Vorwand derart ins Gesicht schlug, daß er zu Boden taumelte, dazukommende Passanten mit einem Revolver bedrohte und dann noch das sonderbare Glück hatte, daß der Staatsanwalt es ablehnte, gegen ihn einzuschreiten, scheint sich hier in Deutschland afrikanische Kulturmanieren angewöhnen zu wollen. Ausdrücke wie „Lump“, „Fiel“, „Gaststopp“ usw. waren die gewöhnlichen Umgangsformen. Hinzu kam, daß die Kollegen teilweise jede Woche 4 Tag oder einen vollen Tag aussetzen mußten, angeblich wegen Materialmangel. Nach Ansicht unserer Kollegen ist dieses jedoch nicht der richtige Grund; denn sie haben die Arbeit so fortgesetzt, wie sie sie vor der Feiertagsruhe verlassen haben. Es müssen also andere Gründe gewesen sein. Dieses wurde erst anders, als sich die Organisation der Sache annahm und Mahregeln traf, diesen Zustand zu beseitigen. Bei dieser Gelegenheit haben wir den christlichen Bezirksleiter Müller mal wieder von seiner „christlichen“ Seite kennen gelernt. Als wir verurteilten, zur Beseitigung dieser Feiertagsruhebehandlung (die auch den dort arbeitenden Christlichen zu teil wurde) ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen, und zu diesem Zwecke uns an Müller wandten, schrieb er uns am vorgeschlagenen Sitzungstage, abends 5 Uhr (um 5½ Uhr sollte die Sitzung sein), er sei heute von der Reise zurückgekommen und habe nicht eher antworten können, er sei aber, wenn die gemeinsame Sitzung noch stattfinden könne, einverstanden. Abends teilten uns die Kollegen nun aber mit, daß Müller bereits mittags auf der Baustelle gewesen sei und die Sache mit Kolinowski in der Kantine besprochen habe. Also Müller war am Neubau des Justizgebäudes mit Kolinowski in der Kantine zu einem Glase Bier verzeilt! Wie nett doch so ein christlicher Agitator reist! Trotz dieser christlichen Verrätereien ist die Behandlung doch besser geworden, bis vor einigen Tagen dem Kolinowski mal wieder einfiel, in das alte Stadium zurückzukehren. Er kam in recht aufgeregter Stimmung, gleich nach der Mittagspause, auf die Baustelle (manche sagen, sie hätten den Eindruck gehabt, er sei nicht ganz nüchtern gewesen), prüllte dort infolge irgend eines unbekannten Vorganges einen Arbeiter derart, daß dieser eine Beilegung im Keller lag und sich nicht bewegen konnte. Dann schloß er auf einen unserer Kollegen namens S. los und, ohne daß sich dieser hatte etwas zu scheiden kommen lassen, wurde er entlassen. Kolinowski scheint schon verfallen zu haben, wie einem Familienvater zu Mute ist, wenn er bei einer schlechten Arbeitsperiode, ohne Ursache, rüchloslos auf die Straße gesetzt wird. Der geprügelte Arbeiter ist christlich organisiert, aber seinen Organisationsleitern ist es bis heute noch nicht eingefallen, für den Mann einzutreten. Nur gemacht, Kolinowski, es kommen noch andere Zeiten.

**Freiburg i. S.** Am 18. und 21. Juni tagten hier und in Colmar die besuchte Maurerversammlungen, die sich unter anderem auch mit der Lohnfrage beschäftigten. Durch statistische Umfrage war festgestellt worden, daß der Durchschnittslohn hier in diesem Jahre rund 2 3 niedriger ist als im Jahre 1907. In Colmar ist das Verhältnis noch schlechter. Dort werden bei elfstündiger Arbeitszeit 82 bis 84 3 Stundenlohn gezahlt, während im benachbarten, eine halbe Stunde entfernten Dorfe Klingenberg, der tarifmäßige Lohn 42 3 beträgt. Die Kollegen be-

schlossen einstimmig, diesen elenden Verhältnissen ein Ende zu machen und endlich einmal geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Mit je einem auffälligen Vortrag der Kollegen Neumann und Krämer aus Dresden über die Aufgaben des 10. Verbandstages endeten die Versammlungen.

**Gleiwitz.** Die Gleiwitzer Polizei kann sich noch immer nicht an das neue Vereinsgesetz gewöhnen und glaubt besonders, ihr im April d. J. erlassenes Verbot über unser Gewerkschaftshaus noch aufrecht erhalten zu können. Am 23. Juni tagte im genannten Lokale unsere Mitgliederversammlung, zu der auch Kollege Waide erschienen war. Sie war nicht besonders gut besucht, weil sich die Kollegen fragten: Wozu erst hingehen? Die Polizei treibt uns doch gleich wieder hinaus. Wir hatten die Versammlung durch Handzettel bekannt gemacht, und dabei war auch einer der Polizei zugeflogen. Wichtig war sie denn auch durch zwei Mann vertreten. Um sich nicht die Mutter vom Brote nehmen zu lassen, leitete Kollege Waide die Versammlung selbst. Er hatte sie eröffnet, als sie die Polizei auslösen wollte. Kollege Waide machte den beiden Seiten aber klar, daß ihre Macht jetzt eine Grenze gefunden habe. Sie hätten kein Recht, in eine gewerkschaftliche Versammlung zu kommen und das Verbot anzuwenden. Sie hätten hier gar nicht angewendet werden. Die Beamten machten sich eilig Roten, aber die Versammlung tagte ruhig weiter. Nach dem Vortrage wurde die Delegiertenwahl vorgenommen, wobei Kollege Sitten gewählt wurde. Am 1. Juli läuft der Mietvertrag für unser Versammlungslokal ab, so daß wir dann wieder obdachlos sind.

**Guben.** (Wichtig.) In dem Bericht aus Guben in der Nr. 24 des „Grundstein“ heißt es: „Zum Schluß stellte der Vorsitzende den Antrag, ihm eine Entschädigung zu gewähren, weil er nach Aufhebung der Auslieferung noch 14 Tage mit einem Kommissionsmitgliede die Arbeiten im Streikrevier verrichtet habe; der Vorsitzende erhielt 10 30.“ Ich erkläre hierzu folgendes: Aus obigem Satz liegt man heraus, daß zwei Kollegen die Arbeiten verrichtet haben, aber nur einer Geld dafür erhalten hat; dem ist aber nicht so. Ich hatte bereits bei meinem früheren Unternehmern Arbeit erhalten, trotzdem war mir der Auftrag vom Zweigverein zu teil geworden, im Bureau zu bleiben, da sich noch täglich über 40 Kollegen als arbeitslos meldeten. Und deshalb ist mir die Summe von 10 30 als Lohnverlust vom Zweigverein bewilligt worden; mein Kollege, der Kommissionsmitglied und noch arbeitslos war, hatte mir die Arbeiten im Bureau verrichten helfen, hat aber keinen Anspruch auf Entschädigung für diese Zeit, da er keinen Lohnverlust zu verzeichnen hatte.

**Sagen i. W.** Die am 17. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem außerordentlichen Verbandstage und der Delegiertenwahl. Kollege Dege erstattete hierzu das einleitende Referat. Die Versammlung beschloß, dem Verbandstage fünf Anträge zu unterbreiten. Ein Antrag des Kollegen Schäfer auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt, nachdem der Vorsitzende und einige Kollegen dagegen gesprochen hatten. Der Kollege Somsdorf-Gebelsberg kann die Regelung der Gehaltsfrage der angestellten Kollegen immer noch nicht verschmerzen. Seine Ausführungen, die teilweise verkehrt waren, wurden in gebührender Weise zurückgewiesen. Als Delegierter wurde Kollege Dege gewählt. Zum zweiten Punkt berichtet Kollege Dege über die Sitzung mit den Unternehmern, die am 16. Juni stattfand, und an welcher auch Kollege Kahl teilnahm. Da auf Grund des neuen Tarifvertrages noch mehrere Punkte durch örtliche Vereinbarungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation geregelt werden müssen, wurden die Wünsche schriftlich an den Arbeitgeberverband eingereicht. Nachdem noch bekannt gegeben, daß das Sommerfest am 12. Juli stattfindet und jeder Kollege verpflichtet ist, für zahlreichen Besuch zu agitieren, erreichte die Versammlung ihr Ende.

**Serne-Reudinghausen.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte hier am 21. Juni, die sich mit den Aufgaben des 10. Verbandstages befaßte. Kollege Wendler führte aus, daß es unbedingt notwendig sei, die fernstehenden Kollegen aufzuklären, daß sie unserer Organisation beitreten, damit die Unternehmer sie nicht als Lohnbrüder verwenden können. Er wies dann auf die Entwicklung der Organisation hin und stellte fest, daß in ganz Deutschland mit wenigen Ausnahmen Tarife beständen. Man müsse sich daran gewöhnen, daß mit der Zeit eine Tarifkommission eingesetzt werde, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln hätte, das Einspruchsrecht müßte jedoch den Kollegen vorbehalten bleiben. Ferner fand es der Referent für notwendig, zu betonen, daß die Organisation der Bauhilfsarbeiter mit der unserigen verschmolzen werden müßte. In der Diskussion entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung über die Tarifkommission. Die Kollegen waren der Meinung, daß dem Verbandsvorstand nicht so viel Recht eingeräumt werden dürfe, damit wir nicht dahin geraten, wo die Bauarbeiter sich schon befinden, wo man kein Recht hat mitzuverordnen oder mitzubestimmen. Als Delegierter zum 10. Verbandstage wurde Kollege Wendler gewählt. Dann wurde den Kollegen dringend empfohlen, endlich einmal das Baudelegiertenwesen durchzuführen, für ihre Mitgliedschaft auf den Bauten einzutreten und mitzugehen, an der Ausbannung ihrer Organisation. Nachdem der Vorsitzende noch darauf hinwies, und die Kollegen ermahnte, alles zu tun, was irgend in ihrer Macht stehe, wurde hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Nachschrift:** Bevor wir zur Wahl der Delegierten kamen, hatte eine große Anzahl Kollegen das Lokal verlassen, um in Herden bei der dort stattfindenden Rimes der Beratungen weiter zu pflegen. Nach trauziger Sicht es mit den Kollegen in Reddinghausen aus, zur Verbesserung kommen sie nicht (es steht nur ein kleines Zimmer zur Verfügung). Zu einer Versammlung nach Banka zu fahren, dazu haben sie kein Fahrzeug, aber nach Gerten zur Rimes zu fahren, dazu ist Geld vorhanden. Derartigen Verhältnissen kann unsere Organisation keine Fortschritte machen.

**Reusberg.** Am 20. Juni tagte hier eine Mitgliederversammlung. Bei der Delegiertenwahl erhielt der Kollege Max Weinhardt in Röhren 14 Stimmen. Die Sperre über Baumgarten wurde aufrecht erhalten. Die Kollegen Otto Niehoff, Gubbia, Buchnummer 80 883, und Weinhardt votierten in Löhben wurden aus dem Verbands ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen konnten es nicht überwinden, bei Baumgarten die Arbeit einzufallen und bei einem anderen Meister anzufangen. Dann wurden verschiedene Mißstände auf den Bauten kritisiert. Es wurde beschlossen, für die Durchführung der Lohnforderung der Zimmerer einzutreten. Der Lohn beträgt 37 3 pro Stunde, gefordert wird der Lohn der Maurer, 42 3 pro Stunde. Mit 15 gegen 2 Stimmen wurden dem Komitee 10 25 zur Verteilung von Prospekten überwiesen. Die Kollegen Albert Göhe und Karl Spieß wurden in den Bildungsausschuß gewählt.

**Südendorf.** Sonntag, den 21. Juni, tagte eine außerordentliche Generalversammlung unseres Zweigvereins, um die Wahl des Delegierten zum Verbandstage zu vollziehen. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Kollege Schmidt auf den Hiesigenlegert aufmerksamer und teilte mit, daß in Altema im Saalbau der Firma Selwe zwei Streikbrecher (Gebäude-Schuster) arbeiten, die bis jetzt noch nicht zur Abreise bewegen werden konnten. Die Kollegen wurden ersucht, die Hiesigenleger in ihrem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen. Auch der mangelnde Bauarbeiterlohn in den Baustellen wurde einer scharfen Kritik unterzogen und mitgeteilt, daß auf Grund der vorgenommenen Bautenkontrolle Eingaben an die Behörden der in Frage kommenden Orte gerichtet werden sollten, um einen Erlaß von Baupolizeiverordnungen herbeizuführen. Nachdem dann zwei Anträge zum Verbandstage gestellt waren, sprach der vom Zweigverein Witten aufgestellte Kandidat, Kollege Johann Peter, über: „Die Bedeutung der Beschäftigung des Verbandstages“. Er gebärdete sich in seinen Ausführungen recht radikal, kritisierte scharf das Verhalten des Verbandsvorstandes und der Lohnkommission bei Abschluß des diesjährigen Vertrages, verurteilte den Beamten einige Forderungen, protestierte gegen die Verletzung des demokratischen Prinzips und meinte, es müsse Sorge getragen werden, daß der diesjährige Verbandstag oppositioneller zusammengefaßt würde als sein Vorgänger. Denn nach seiner Ueberzeugung würde der Verbandsvorstand diesmal noch mehr Rechte für sich fordern als er bereits hat. In der Diskussion trat Kollege Schmidt seinen Ausführungen entgegen und betonte, daß Kollege Peter nach dem bekannten Sprichwort: „Kritikieren ist ja“, handle, aber dabei vergesse, den Weg anzugeben, wie es bei der diesjährigen Lohnbewegung hätte besser gemacht werden können. Auch seien die Verhandlungen und Angriffe gegen den Verbandsvorstand völlig unberechtigt; denn der Verbandsvorstand denke nicht daran, die Rechte der Mitglieder zu schmälern. Bei der Abstimmung erhielt Peter von 66 abgegebenen Stimmen 29, 32 Stimmen entfielen auf den Kollegen Schmidt. In „Gesellschaftliches“ wurde u. a. die Wahl der Delegierten zur Bauarbeiterlohnkommission vollzogen und die Zahlstellenbesetzung erfuhr, die Wahl in ihren Orten ebenfalls zu veranlassen.

**Mustau.** Der hiesige Zweigverein hielt am 20. Juni seine übliche Versammlung ab. Es wurde zuerst die Wahl eines Baudelegierten vorgenommen. Kollege Max Söer aus Görlitz wurde vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Alsdann wurde vom Vorstand beantragt, für den franten Kollegen Alois Werner den Beitrag aus der Lokalasse zu zahlen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Anwesend waren in der Versammlung von 80 Kollegen 27. Es ist traurig, daß die Kollegen die Versammlungen so schlecht besuchen. Wohin soll das führen? In der nächsten Versammlung soll über das bevorstehende Gewerkschaftsfest gesprochen werden.

**Ostrowitz.** Am 19. d. M. tagte hier eine Maurerverversammlung. Da es den hiesigen Kollegen noch nicht gelungen ist, ein festes Lokal zu gewinnen, so mußten sie sich diesmal mit einer Privatwohnung zufrieden geben. Kollege Koch referierte über die Verträge im Baugewerbe und die gegenwärtige Situation. Er forderte die Kollegen auf, in der Zeit der Krise nicht die mühselige Agitation zu unterlassen, wenn sie überhaupt gewillt sind, das Ertrüben hochzuhalten. Gerade jetzt, wo die Situation im Baugewerbe faul ist, finde man sehr wenig Mitglieder, die Interesse für ihre eigene Sache hätten. Ferner erstattete Kollege Koch Bericht von der Gaukonferenz, die im 20. April in Kottwitz tagte. Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zum Verbandstage. Es wurde beschlossen: 1. § 19 a (Zusatz): Wo kein Beschäftigter wurde, kann eine Ausnahme gemacht werden, und für die jüngeren Mitglieder eine andere Beitragsklasse eingerichtet werden. 2. § 26. Erwerbsfähigen Mitgliedern werden während der Krankheit Beitragsnachschüsse unentgeltlich geliefert, soweit sie nicht unterstützungsberechtigt und nicht länger als neun Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind. 3. § 32. Das ärztliche Attest soll durch eine Bescheinigung des Zweigvereins ersetzt oder von der Hauptkasse bezahlt werden. 3. § 32.1. Daß die Krankenunterstützung vom ersten Tage an zu zahlen ist. Ferner wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Kollege Koch wurde gewählt. Kassierer Apostel führte Beschwerde über die Reklamation, daß sie gar nicht die Wähler nachsehen und ihres Amtes nicht walten. Kollege Biezorek gab ein Bild über das neue Vereinsgesetz und die Bedeutung des Wahlvereins. Er forderte die Kollegen auf, sich auch dem Wahlverein anzuschließen, da jetzt nach dem neuen Vereinsgesetz die Mitglieder gar nicht angemeldet sein brauchen und es den Mitgliedern ganz gut möglich sei, sich auch politisch zu organisieren. Ferner forderte er die Kollegen auf, die Arbeiterpresse, die „Volkswacht“, und nicht die Käseblätter zu lesen. Witzorek machte die Kollegen noch besonders aufmerksam auf den im vergangenen Jahre beschlossenen Boykott über den Gastwirt Kleiner. Er forderte die Kollegen auf, dem Boykott mehr Wert beizulegen, wenn wir ihn durchführen wollen. Hierauf wurde die von 45 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

**Regensburg.** Wie in vielen Orten das Baugewerbe strotzt, so auch in Regensburg. Die Folgen der wirtschaftlichen Krise treten hier besonders hervor. Hier herrscht



eine Art Arbeitslosigkeit, wie wir sie seit Jahren nicht zu bezeichnen hatten. Viele unserer Berufskollegen sind noch vom vorigen Herbst her arbeitslos; ein Teil ist gezwungen, in anderen Berufen Beschäftigung zu suchen oder abzuwarten. Aber woher? Das Unangenehme in dieser Situation ist der starke Zug von auswärtigen. In verschiedenen Orten scheint man zu glauben, weil in Regensburg eine Kaserne gebaut wird, müssen auch Arbeitskräfte her. Die Unternehmer stellen mit Vorliebe fremde Kollegen ein, um die einheimischen ihre Macht fühlen zu lassen. Um nun den Regensburger Kollegen den Kampf ums Dasein nicht noch mehr zu erschweren, bitten wir, den Zug nach Regensburg unter allen Umständen fern zu halten.

**Schleswig.** Dienstag, 16. Juni, tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung, die sich mit dem diesjährigen Verbandstage beschäftigte. Von mehreren Kollegen wurde gewünscht, einen Delegiertenkandidaten aufzustellen, diesen in der am Freitag, den 26. d. M. stattfindenden Extraversammlung zu wählen und zu gleicher Zeit Vorschläge zum Verbandstage zu stellen. Weiter wurde die Arbeitslosigkeit am hiesigen Orte besprochen. Unter anderem wurde angeführt, daß es zur Zeit mit der Arbeit schlecht bestellt sei, indem schon mehrere hiesige Gesellen den Ort verlassen müßten, um anderweitig Arbeit zu finden. Es sei aber auch bemerkt, daß inzwischen zugewandte Maurer hier eingestellt wurden. Sollte hier auch wohl der Streik vom vergangenen Jahre noch eine Rolle mit spielen? Es wurden dann noch mehrere innere Angelegenheiten geregelt. Gewünscht wurde auch, daß die Versammlungen besser besucht werden möchten.

### Fliesenleger.

**Berlin.** Die Section hielt am 12. Juni im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die sich vor allem mit Mißständen im Beruf sowie mit dem provisorisch eingeführten Afforditaris befaßte, der offenbar zu keiner Verbesserung der Verhältnisse geführt hat. Ueber diese Angelegenheit war bereits am 2. Juni in einer Sitzung der Schlichtungskommissionmitglieder beraten worden, von der folgende Resolution vorlag: „Die Vertreter der drei Fliesenlegerorganisationen und der Organisationen der Hilfsarbeiter seien gegenwärtig kein dringendes Bedürfnis für vorliegende, eine öffentliche Fliesenlegerversammlung für Berlin einzuberufen und dieser Verbesserungsvorschläge zum jezt bis zum 1. Juli d. S. probeweise eingeführten Afforditaris zu unterbreiten oder zu empfehlen. Die Kommission betrachtet das Afforditarium im Prinzip für unseren Beruf als höchst schädlich und empfiehlt daher, in den Versammlungen überall die Gegenagitiation zu erwirken. Des weiteren gilt als festgelegt, daß von den Geschäften nicht an Afforditarium, sondern vielmehr Subunternehmern die Ausführung der Arbeit übertragen wird, und sich unter diesen durch gegenseitiges Abstreifen der zu vergebenden Arbeiten eine Subunternehmensniederlage hat, welche in unerhörter Weise die Preise drückt, und dieser Preisdruck wieder auf die Fliesenleger wie Arbeiter bezüglich des herzustellenden Quantums unheilvoll wirkt. Dieses System ist in allen Geschäften zu beobachten. Es wird daher den einzelnen Organisationen anempfohlen, Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind; diesem unerhörten und ungemein schädlichen Treiben entgegenzutreten und zu treten und Abhilfe zu schaffen.“ Dazu wurde aus der Versammlung folgender Vorschlag gemacht: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Mißständen bei den Firmen Rosenfeld, Ende und Pief. Die Versammlung erkennt in den Maßnahmen der genannten Firmen einen Vertragsbruch und verlangt aus diesen Gründen, daß beim Gewerbegericht die Revision des Tarifes zu beantragen sei.“ Resolution und Antrag wurden einstimmig angenommen. Hierzu wurden Vorschläge zu einem Verbandsdelegierten gemacht. Die meisten Stimmen erhielt Waldheim; der damit als Kandidat zu den Delegiertenwahlen aufgestellt ist. Es folgte die Beratung einiger Anträge zum Verbandstag. Außerdem machte der Vorsitzende auf die Bewegung der Fliesenleger in Rheinland-Westfalen aufmerksam.

### Flisierer und Steinholzleger.

**Berlin.** Am 24. Juni hielten die hiesigen Steinholzleger bei Gensler, Dragendorfer 15, eine Versammlung ab, wo über den Verlauf der achten Konferenz berichtet wurde. Verschiedene Kollegen sprachen sich gegen den gegenwärtigen Zusammenschluß der beiden Branchen zu einer Section des Zentralverbandes der Maurer aus, da sie es für verfehlt hielten und dadurch die noch junge Organisation der Steinholzleger wiederum zerstückelt werden könnte. Daß es mit der Zeit zu einer Verschmelzung der beiden Branchen kommen müsse, erkannten auch sie an, aber unter den jetzigen Verhältnissen halten sie es noch nicht für ratsam, sondern empfehlen den Fortbestand der selbstständigen Organisation und den Anschluß an die Generalkommission. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Ränge, einige der vorgebrachten Bedenken gegen die Verschmelzung als nicht ganz stichhaltig bezeichnet hatte, wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Versammlung mit der Forderung der Delegierten einverstanden erklärte. Der Antrag betrafte Anschluß an den Zentralverband der Maurer wurde angenommen, jedoch wurde auch hier, wie bei den Flisierern, die festgesetzte Dreiviertel-Majorität noch nicht erreicht. Dann erstattete der Obmann der Lokalkommission einen ausführlichen Bericht und legte der Versammlung einen neu ausgearbeiteten Subtarif vor, der nach einigen Änderungen angenommen wurde. Es wurde jedoch beschlossen, den alten Tarif vorerst noch nicht zu kündigen, sondern es soll erst abgewartet werden, wie der Tarif der Unternehmer beschaffen sein wird, den sie uns zugehen lassen wollen. Der Vorsitzende ergriß jedoch noch das Wort und forderte die Anwesenden auf, überall für die Organisation zu agitieren, damit wir jedem Angriff des Unternehmers wirksam begegnen können.

### Zehnjähriges Bestehen des „L'Operaio Italiano“.

Als vor zehn Jahren aus Italienern gleichbedeutend mit Streikbrecher. Nicht, daß alle Italiener wirklich Streikbrecher gewesen wären; aber die Tatsache, daß sie sich ausnahmslos der Organisation fern hielten, und die Gewohnheit, die meisten Streikbewegungen durch die Einwanderung italienischer Arbeitskräfte gescheitert zu sehen, hatte diese Meinung beim deutschen

Arbeiter so einzuverleiben lassen, daß sie heute noch in manchen Orten nicht ganz verschwunden ist.

Es sollten nur Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Mißstand zu beseitigen; denn die Lage ward immer schwieriger und gefährlicher.

Da kam der Zentralverband der Maurer Deutschlands auf die Idee, eine rege Agitation unter den Italienern einzuleiten; die Generalkommission der Gewerkschaften stimmte dieser Ansicht zu, und so wurde der „L'Operaio Italiano“ gegründet, der am 18. Juni 1898 zum ersten Male erschien. Als Redakteur des Blattes wurde der Genosse Oskar Wolff, ein Kaufmann, der in Berlin wohnte und sich längere Zeit in Italien aufgehalten hatte, gewählt. Im Januar 1899 legte Genosse Wolff, da er zwecks weiterer Studien in das Ausland gehen wollte, die Redaktion nieder. An seine Stelle trat Giovanni Balzer, ein Schweizer, der sich den größten Teil seines Lebens in Italien aufgehalten hatte. Balzer war Lehrer der Mathematik in Livorno und mußte während der Anwesenheit 1898 aus Italien flüchten.

Im September 1900 wurde Balzer von der Polizeibehörde ohne irgend einen Grund ausgewiesen. Er nahm dann in Süddeutschland und später in Babelsberg Aufenthalt und lebte bei Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin nach diesem Orte mit über. Balzer mochte von 1899 bis 1907 die Redaktionsarbeiten und durfte das Blatt nicht zeichnen, um sich nicht erneueter Ausweisung aus einem anderen Bundesstaate Deutschlands auszuweichen.

Das Blatt erschien alle 14 Tage und in den Wintermonaten 1898 alle drei Wochen. Die Auflage betrug im Winter 1898: 1200, im Sommer 3000 Exemplare; 1900: im Winter 1700, im Sommer 4400; 1904: im Winter 2100, im Sommer 4900. Vom 1. Januar 1906 an erschien das Blatt wöchentlich; die Auflage betrug im Sommer 1906: 12 800, 1907: 15 800.

Das Resultat des Experimentes war, wie die stetig steigende Auflage beweist, durchaus befriedigend. Die rege Agitation des Blattes, verbunden mit der mühseligen Propaganda, die die italienischen Genossen im Winter in ihrer Heimat trieben, das unerwünschte Brandmarken des Streikbrechertums verfielen ihre Wirkungen nicht, und heute kann man mit Stolz konstatieren, daß ein erheblicher Teil unserer italienischen Kollegen sich an die Organisation angeschlossen hat und tapfer an unserer Seite kämpft.

Freilich, italienische Streikbrecher gibt es noch, so wie es noch deutsche, französische und Streikbrecher aller Nationen gibt; aber dieser Bodenfang der Menschheit wird immer vorhanden sein und immer schädlich wirken, solange nämlich — getreut wird. „Damit aber —“ schreibt das Blatt in seinem Jubiläumskomitee — „soll man nicht glauben, daß alles in bester Ordnung ist. Die Waffe der Subalternität ist noch groß; riesig ist die Zahl der Leute, die zwar keine direkte Streikbrecher sind, aber dennoch nicht weniger schädlich wirken, weil sie nicht organisiert und stets bereit sind, unter den karthagischen Bedingungen zu arbeiten.“ Und unsere Aufgabe ist jetzt, diese Leute aufzuklären. Wir müssen ihnen begreiflich machen, daß es eine Feigheit ist, die kämpfenden Brüder im Stich zu lassen und sich zu verdecken, und nach beendeter Kampfsache, das Schlachtfeld zurückzuführen und die Vorteile des Sieges mitzugenießen. Das Zukunftsprogramm sieht sich daher in wenigen Worten zusammen: Weiterstreben auf dem bisher verfolgten Wege, Erziehung und Organisation der Arbeiter, Verteidigung der Arbeiter gegen Zwischenhändler, Unternehmer und Verbände, Kampf gegen das Laster im allgemeinen, besonders aber gegen den Alkoholismus, das Dofarspiel und die Gewalttätigkeiten.“

Wir Maurer wissen, was uns das Blatt gemein ist und noch ist. Es hat sehr segensreich für die Arbeiterbewegung gewirkt und sich ständig nach oben und vorwärts entwickelt. Es hat mandem italienischen Arbeiter den Weg zur Organisation, zur brüderlichen Solidarität gewiesen, und der Tag seines zehnjährigen Bestehens mag uns ein Ansporn sein, uns der Organisation der italienischen Arbeiter mit erneutem Eifer zuzuwenden.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 21. bis 27. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Reinickendorf 100, Groß-Siedlerstraße 200, Leipzig-Weidmühl 200, Mariendorf 200, Udermühl 200, Grausfeld 150, Wald-Michelbach 150, Heilsheim 100, Königstein i. Taunus 100, Wölln i. R. 100, Wittenau 100, Zwenfau 60, Summa M. 1860.

Zufüsse erhielten: Annaburg M. 250, Stuttgart 200, Nürnberg 170, Schwabmühl 160, Wiesfeld 150, Rudolphsdorf 150, Laufbach 120, Genshuf 100, Todtenhausen 100, Warkhausen 80, Landshut 80, Seubach 50, Wombach 50, Niederbreisig a. Rh. 15. Summa M. 1675.

Altona, den 27. Juni 1908.

F. Klätsch, zweiter Hauptkassierer, Wilhelmstr. 37.

## Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Ziff. 1 a. der Satzung sind folgende Mitglieder: Christine Bornmann (2419), Eduard Schwachmann (3527), Minna Schwachmann (3791), Hedwig Krummer (343), Lina Günther (1848), Fritz Albig (2675), Gustav Küfel (3895), Helene Küfel (3896), Kluge Küfel (3897), Georg Küfel (3898), Hedwig Teubert (3458).

### Der Vorstand.

F. M. B. Themar, Vorsitzender.

(In der vorigen Nummer teilsweise unter Krankenkasse veröffentlicht.)

## Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Antonienhütte. Auf dem Neubau der katholischen Kirche ereignete sich am 23. Juni ein trauriger Unfall, der für die Bauweise in Ober-Schlesien typisch ist. In der Mitte des

Schiffes hatte man ein hohes Gerüst aufgestellt, auf dem zwei Elektromotore das Baumaterial hinaufzogen. Der Mörkel wurde in einem eisernen Kasten befördert, der beladen wohl drei bis vier Zentner schwer war. Dieser Kasten entfiel aber aus jeder Leitung. Er baumelte frei hin und her, und darunter hand der Mischkasten. Am 23. Juni arbeitete man wieder so. Dabei hatte sich der Kasten an einem Gerüstbaum fest, der Motor (von ungeübten Leuten, gelegentlich auch von Befehligen bedient) zog weiter, und schließlich riß die Befestigung des Motors und, von dem schweren Kasten hinuntergezogen, führte beides, Motor und Kasten, auf die unten hantierenden Arbeiter. Der Arbeiter Weißhof aus dem Kreise Gochsberg wurde so schwer getroffen, daß er noch auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb. Die Bauleiter tragen die Schuld an diesem Unfall, denn sie hätten als praktisch erfahrene Männer wissen müssen, daß man so keine Aufzüge baut und bedient. Und so etwas passiert an einem Kirchenbau, wo man nachher für das Seelenheil sorgt. Man hätte lieber auch darauf achten sollen, daß die Arbeiter ihre gesunden Knochen behalten. Aber davon will man aufnehmend nichts wissen, denn dem Zweigberaters vorstehenden verbot man stets die Baustelle, wenn er einmal nach dem rechten sehen wollte.

**Preßlau.** Am 20. Juni führte auf dem vom Unternehmer überausgeführten Neubau am Museumsplatz ein Pfeiler des vierten Stockwerks ein und riß den daran arbeitenden Kollegen Reiff aus dem Stempel mit hinab, der durch die verabschiedeten Mauerteile sehr schwere Verletzungen erlitt. Man wollte dort einen Träger einlegen und hatte deswegen eine größere Öffnung in den Pfeiler gestemmt, der das noch frische Mauerwerk des Galls beraubte. Zwei unten arbeitende Leute wurden gleichfalls erheblich verletzt. Nur ein unerhörter Reichtum kann den Unfall verschuldet haben. Hoffentlich sieht man sich die Geschichte noch einmal recht genau an.

**Crossen.** Wegen Ueberflutung mit Steinen brach das Gerüst am Schulneubau in Gintersberg zusammen. Der Polizei hörte nicht auf die Warnungen der Kollegen, als sie meinten, es sei nun genug da; oben; er ließ noch immer weiter hinaufschaffen. Schließlich brach die Geschichte zusammen und der fluge Herr Polizei lag arg bliesiert unter den Trümmern. Leider hat auch ein Kollege den Reichtum oder die Dummheit des Politikers mitführen müssen, indem er Kippenbrücke und innere Verletzungen erlitt. Ein dritter blieb auf einem Balken hängen und kam ohne schwere Verletzungen davon.

**Danzig.** Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 3½ Uhr, führte an einem Neubau in der Kischergasse, Unternehmer Baugewerksmeister Reichenberg, der obere Teil eines Brandgiebels beim Abstemmen ein. Der Brandgiebel wurde abgestemmt, weil durch den Neubau der neue Brandgiebel an die Stelle des alten treten sollte. Unfall nun aber erst einen Teil der Arbeit auszuführen, wurde der alte Giebel in seiner ganzen Länge des Galls beraubt und das Unglück war da. Die verabschiedeten Steinmassen durchschlugen einen Balken und die Kellerwölbung. Es erlitten die Verbandskollegen Herrn Temp. Gehirnerschütterung und schwere Kopfverletzung, und Herrn. Schiele rechten Unterarmbruch. Die Kollegen David Gkner und J. Grabowski kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Unfall ist wie gewöhnlich darauf zurückzuführen, daß auch auf diesem Bau die Treiberei groß war. Arbeiterleben sind ja auch wohlfeil. Der Unternehmer profitiert fast in seiner Weise Einbuße erleiden. Zu bemerken ist noch, daß der Unternehmer derselbe ist, der vor kurzem zu einem Kollegen, der in der Mittagsstunde Einladungsbriefe zur Baustellerversammlung auf diesen Bau an die Kollegen verteilte, dabei aber den Unternehmer nicht in aller Form um Erlaubnis zum Betreten des Baues gefragt hatte, im Wortwechsel die Worte sagte: „Ordnung regiert die Welt, der Knüttel die Menschen.“ Ob auf diesem Bau auch wohl alles in Ordnung war?

**Stegen i. B.** Am 23. Juni ereignete sich an den Koloniebauten am Bogelsberge im benachbarten Weidenau ein schweres Unglück. Der Untermerger Gbdtte aus Ramen i. B. hat zum Transport des Baumaterials eine Seilbahn in Betrieb. Am 23. Juni geriet der Seil mit der Maschine verknüpfte Ring, die Maschine kam ins Rollen und schaltete mit furchtbarer Gewalt an den Seilblock. Maschine und Seil wurden schwer verletzt, ins Krankenhaus gebracht. Der Seiler, der viele Querschnitte erlitten hatte und am ganzen Oberkörper schwer verbrüht war, ist seinen Verletzungen bereits erlegen.

\* Ein äußerst leichtfertiger Baunternehmer ist der Sommer aus Schifferhude, der sich kürzlich gemeinsam mit dem Tagelager Jonas Fichtenmacher aus Schifferhude wegen fahrlässiger Tötung vor der Strafkammer Frankfurt a. M. verantworten hatte. Der Tatbestand ist folgender. Am 30. und 31. März 1908 ließ Sommer auf dem ihm gehörigen Bauplatz in der Waggstraße zu Schifferhude von dem Maurer Peter Neff zwei Brunnenbrunnen ausheben, da er dort zwei Wohnhäuser erbauen wollte. Am 31. März wurde auch der Eisenbahnschienenwärter Fichtenmacher ausgegraben. Während nun Neff in einem Brunnenbrunnen, der etwa 110 cm ausgedehnt war, arbeitete, brachten Sommer und Fichtenmacher eine der bereitliegenden Zementbrunnenbrunnen mit einem Gewicht von 7½ Zentner ins Rollen, wobei sie die Gewalt über die schwere Schale verloren. Diese rollte gegen den Schacht, in dem Neff arbeitete; das lockere Erdreich gab nach und die Schale schlug dem Neff, der sich nicht mehr retten konnte, die Stirnseite durch, daß das Hirn herauskam und den sofortigen Tod des Neff zur Folge hatte. Sommer, der sich wiederholt wegen Uebertretung baupolizeilicher Vorschriften Strafen zugezogen hat, hatte auch bei diesen beiden Schachtabbauten wiederum keinerlei Schutzvorkehrungen getroffen. Mit allerlei Ausreden sucht er sich heute herauszuwinden und behauptet in empörend ordinärer Weise, der 23jährige Mann habe gern den Tod gesucht und sich absichtlich erschlagen lassen. Neff habe sich einer Frau gegenüber schon eine Woche zuvor geäußert, er sei lebensmüde. Er, Sommer, habe Neff wiederholt zugerufen, er solle den Schacht verlassen, damit nichts passieren könne. Neff war erst im Herbst zur Festzeit entlassen worden und galt als ruhiger lebensfroher Mensch, der nichts weniger beabsichtigte, als sich tödlichen zu lassen. Sachverständiger Ingenieur Gärtner aus Speyer bezeugt das Verhalten des Sommer als leichtsinnig und gewöhnlich. Zeuge und Sachverständiger Bezirksarzt Dr. v. Görmann aus Speyer bekundete, daß Neff ein kräftig gebauter Mann gewesen und hauptsächlich neben anderen Verletzungen der des Schädelbruchs erlitten sei; der Tod müsse sofort eingetreten sein. Staatsanwalt Ruff bean-

fragte zum Schluss für Sommer 6 Wochen, für Fichtenmayer 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Sommer auf 6 Wochen Gefängnis, gegen Fichtenmayer auf 1 Tag Gefängnis. Beide sollten der bedingten Begnadigung empfohlen werden. Sechs Wochen Gefängnis für die Verurteilung eines Menschenlebens, und noch dazu der bedingten Begnadigung empfohlen werden. Das ist geradezu eine Prämie für diesen Unternehmer.

### Polizei und Gerichte.

\* **Streitnachrichten in Erfurt.** In Nr. 41 des „Grundstein“ vom 21. Oktober 1907 berichteten wir über einen Streitprozess in Erfurt, der das Ergebnis hatte, daß das Landgericht sich für unzulässig erklärte und sechs Angeklagte wegen Aufruhrs vor das Schwurgericht bewies. Der Schwurgerichtsprozess, über den wir in Nr. 5 vom 1. Februar d. J. berichteten, endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen. Gegen dieses Urteil legten die Verurteilten durch ihre Verteidiger Revision beim Reichsgericht ein, weil ihrer Meinung nach die prozessualischen Vorschriften in zwei Fällen von der erkennenden Instanz verletzt worden seien. Die Revision wurde am 18. Mai d. J. vor dem 3. Strafsenat unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Ochschausen verhandelt. Das Gericht erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels. Es bleibt also bei den erkannten Strafen.

\* **Opfer der Streifjustiz.** Vor dem Schöffengericht Erlangen hatten sich die Kollegen Dorn und Förstlich von Geroldsberg wegen Vergehens gegen den § 152 der Gewerbeordnung zu verantworten. Dem Maurermeister Geist in Geroldsberg unterbreiteten dieselben einen Tarif, in dem nur die bisherige Arbeitszeit und der bisherige Lohn festgelegt werden sollten. Da Geist sich weigerte, den Tarif zu unterschreiben, legten die Kollegen die Arbeit auf einige Tage nieder. Der Maurer Braun von Großschmied leitete Liebesdienste. Beim Mittagessen im Gasthaus rebete ihn Dorn mit den Worten an: „Schmeiß!“ Darauf sagte Braun: „Freilich, ein altes und ein neues Fleisch hab ich.“ Dorn antwortete: „Nun ja, dann bringst du Doktor und Apotheker nimmer los.“ Der Arbeitswille Braun fühlte sich durch diese Worte „bedroht“ und hörte zu arbeiten auf. Der zweite Angeklagte Förstlich unterhielt sich mit seiner eigenen Frau über die Differenzen, ein dabei stehender Diensthofe will Drohungen über den Meister, den Schwager des Angeklagten, gehört haben. Das Urteil lautete auf vier Wochen Gefängnis (1) für Dorn und auf Freisprechung für Förstlich. Die Justiz arbeitet weiter an der Befestigung und Verbreitung ihres Rufes.

### Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heben das 39. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Kritik des Liberalismus. — Die Wälder des Sprachensparagrafen. Von Otto Kue. — Der Volkskulturskampf in Württemberg. Von Erich Rothmann (Stuttgart). — Die Lage der Handelskassensarbeiter. Von Wilhelm Kimmich. — Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland. Von Hermann Hennele. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

### Briefkasten.

**Sonderburg, S. S.** 1. Bis zum 22. Juni. 2. Bei der Ortsbaupolizeibehörde und auch bei der Baugewerkschaftsgenossenschaft. 3. Können wir nicht sagen. 4. Die unter § 19 des Baugesetzes stehenden Strafbefehle betragen im Jahre 1903: 790, 1904: 1034, 1905: 1234, 1906: 1276. 5. In der statistischen Beilage Nr. 3 des „Correspondenzblattes“, Jahrgang 1907, Tabellen V und VI. **Neustadt, S. S.** Wir haben es endlich satt, den Lesern solche Verurteilungen vorzulegen und lehnen es darum ab. Man schreibe die Namen deutlich, dann werden sie auch richtig gesetzt werden.

**Grimmen, W. R.** Die Veröffentlichung der Namen der Kandidaten zum Verbandstage muß nun unterbleiben, da die Wahlen beim Erscheinen dieser Nummer des „Grundstein“ schon vollzogen sein müssen.

**G. S. 08.** Ein weiteres Mittel als die Reklamation gibt es nicht. Es ist nicht geradezu notwendig, daß derartige Briefe eingeschrieben werden, aber der größeren Sicherheit wegen ist es zu empfehlen. Gemeinde- und Kirchensteuern müssen am Wohnort bezahlt werden.

**Riel, W. T.** Bei 114 abgegebenen Stimmen beträgt die absolute Mehrheit 58. Nach dem uns mitgeteilten Ergebnis ist A mit 66 Stimmen gewählt; bei der erforderlichen Stichwahl für den zweiten Delegierten kandidieren nach § 19 des Wahlgesetzes alle nichtgewählten Kandidaten wieder, zwischen denen dann einfache Mehrheit entscheidet. Bei der Stichwahl wären also Stimmen für B, C, D und E gültig.

**Wernigerode.** Der Antrag ist sehr unklar; die Verurteilung ist nicht nötig, da die Mitträge in ihrem Wortlaut in der nächsten Nummer veröffentlicht werden.

**Friedrichshagen, J. G.** Der Briefträger kann die Briefe nicht austragen, wie es ihm gefällt, sondern er muß dies tun, wie es ihm von seiner vorgesetzten Behörde vorgeschrieben ist. Was den Namen anbelangt, so läßt sich wohl auf dem Wege des Bibliothekars gegen den Bauer vorgehen, ob aber die Geschichte soviel wert ist, um deshalb einen langwierigen Prozess anzuknüpfen, dessen Ausgang noch sehr fraglich ist, dürfte einfach bezweifelt werden. In Betracht käme bei einer etwaigen Klage der § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Bauten und Umgegend.** Der jetzige Vertrauensmann **Bauten, Karl** str. 4, 3. Et. [90 Pf.]

**Regensburg.** Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: **Silberne Waggasse 6 77, 1. Et.**

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 10 Pf.)

**Cuphaben.** Am 27. Juni erkrankte beim Baden unser Verbandskollege **Max Beylich** im Alter von 26 Jahren.

**Dresden.** Am 21. Juni starb unser Verbandskollege **August Bauer** im Alter von 58 Jahren an Arteriosklerose.

**Fraunfurt a. M.** Ober-Mörlen. Am 20. Juni starb nach langer Krankheit unser treues Verbandsmitglied **Heinrich König** im Alter von 55 Jahren an Krebsleiden.

**Gelsenkirchen.** In der Nacht vom 20. zum 21. Juni starb nach langem Krankenlager unser treues Mitglied **Ernst Krummschmidt** an der Prostatierkrankheit.

**Halle a. S.** Am 24. Juni starb unser Verbandskollege **Ferdinand Werther** im Alter von 49 Jahren an Magenleiden.

**Schwaberg.** Am 21. Juni erkrankte unser junger Kollege **Wilhelm Krause** im Alter von 19 Jahren.

**Sundsbich.** Am 21. Juni starb unser Verbandskollege **Wilhelm Ströwig** aus Schwabich im Alter von 49 Jahren an Magenleiden.

**Mals-Wiesbaden.** Am 26. Juni starb unser Ehrenmitglied **Andreas Flach** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.

**Wittenberg.** Am 19. Juni starb unser Kollege **Albert Spahn** aus Zangerwisch im Alter von 20 Jahren an den Folgen eines Sturzes, von einem Neubau in Charlottenburg.

**München.** Neuhäuser. Am 16. Juni starb unser Kollege **Franz Xaver Schwarz** im Alter von 50 Jahren an Herzleiden. — Am 17. Juni starb unser Kollege **Franz Xaver Trinkl** im Alter von 54 Jahren an Gehirnarterienverkalkung.

**Münsterberg-Gürtel.** Am 16. Juni starb unser Kollege **Johann Arner** im Alter von 43 Jahren an der Prostatierkrankheit. — Am 19. Juni starb unser Kollege **Gottfried Endress** im Alter von 44 Jahren an geistiger Ermüdung durch Erhängen freiwillig aus dem Leben. — In der Nacht vom 20. zum 21. Juni wurde der Kollege **Johann Thumann** im Alter von 24 Jahren bei Kaufmannsloft von der Lohmühle erfasst und zermalmt. — Am 22. Juni starb unser Kollege **G. Witt** von Geroldsberg im Alter von 46 Jahren an Herzschlag. — Am 23. Juni starb unser Kollege **Christof Möhres** aus Bismarck im Alter von 24 Jahren dadurch, daß ihm beim Baden eines Steines eine Augenbrille platzte, wodurch er verblutete.

**Spanbau.** Am 22. Juni starb der Kollege **Hermann Schadenberg** im Alter von 56 Jahren an Nierenleiden.

**Sprotau, Nieder-Bauche.** Am 26. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Schade** im Alter von 44 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**St. Johann, Niederföhrchen.** Am 21. Juni starb nach langer Krankheit unser treues Verbandsmitglied **Karl Klein** im Alter von 25 Jahren an Lungenerkrankung.

**Thorn.** Am 17. Juni starb der Kollege **Ed. Kupler** an Herzschlag.

**Tondern.** Am 18. Juni starb der Kollege **Willy Seidewitz** plötzlich durch Ertrinken beim Baden im Alter von 19 Jahren.

**Zittau.** Am 24. Juni starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege **Gustav Eichler** im Alter von 29 Jahren an Lungenemphysem.

Ehre ihrem Andenken!

**Holzminden.** Die Adresse unseres Kassierers ist: **August Bremer, Holzminden, Glockenpfuhl Nr. 2.** [90 Pf.]

**Pegau.** Der erste Zweigvereinsvorsitzende wohnt jetzt: **Neugasse Nr. 108b;** der erste Kassierer **Neugasse Nr. 112.** [90 Pf.]

**Melzen.** Der Kassierer **E. Hildebrandt** wohnt jetzt: **Schulstr. 43, 1. Et.** [60 Pf.]

**Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ Luckenwalde.**

Vom 1. Juli an ist die Wohnung des Bevollmächtigten **Franz Erncke Grünstr. 27.** Krankenscheine werden dort verabfolgt. [M. 1,80] Die Verwaltung.

**Heinrich Kühlewind** wird um Angabe seiner Adresse an den Vorsitzenden des Zweigvereins **Wittenberge** ersucht. [90 Pf.]

**Heinrich Dietze**, geb. 27. Juli 1878 zu Gersdorf, Verb.-Nr. 70 955, wird gebeten, seine Adresse an seinen Bruder **Hermann Dietze, Gersdorf**, einzufenden. [90 Pf.]

**August Rotke** wird gesucht. Es handelt sich um bringende Familienangelegenheiten. Nachrichten erbittet **H. Becker, Landsberg a. d. W., Wöhrstr. 25.** [90 Pf.]

**Hermann Werther** aus Halle a. S., geboren im Mai 1889, Verb.-Nr. 367 499, wird von seiner Mutter um Angabe seines Aufenthalts gebeten, da sich etwas Besonderes in der Familie ereignet hat. Mitteilungen über W. wolle man an den Zweigverein Halle richten. [M. 1,50]

Der Maurer **Aug. Behnke**, geb. am 3. Oktober 1881 zu Alt-Zabel, zuletzt in Bochum, Verb.-Nr. 109 156, wird ersucht, seine Adresse an seine Eltern gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies dem Zweigverein **Zarrentin i. Meiß.** mitzuteilen. [1,50]

### Burg b. Magdeb.

Sonntag, den 11. Juli, abends 8 Uhr:

### Dreizehntes Stiftungsfest

im „Hofenholzer Park“, verbunden mit Verlosung und Kinderbelustigungen. Die Kollegen von Burg und Umgegend sind hiermit eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

[M. 3,60]

### Delitzsch.

Sonntag, den 12. Juli, nachm. 3 Uhr:

### Sommerfest

im „Lindenhof“, bestehend in Instrumentalfest, Preisstücken, Preislegen und Kinderbelustigungen. Abends 8 Uhr: Ball. Hierzu ladet alle Kollegen ein. Das Komitee.

### Frankfurt a. d. O.

Sonntag, den 5. Juli:

### Gewerkschaftsfest mit Umzug.

Abmarsch Punkt 2 Uhr vom Gewerkschaftshaus. Es wird jedem Kollegen, auch den außerhalb wohnenden, zur Pflicht gemacht, sich daran zu beteiligen. [M. 3] Der Vorstand.

### Nakel a. d. Netze.

Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr:

### Driftes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Haupt, an der Nege, bestehend in Konzert, Festrede, Preisstücken und Ball. Alle Kollegen von Nakel a. d. Nege und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

### Wolfenbüttel.

Sonntag, den 12. Juli, nachm. 3 Uhr:

### 81stes Stiftungsfest verbunden mit Fahnenumweihung

in Lokale des Herrn Haupt, an der Nege, bestehend in Konzert, Umzug durch die Stadt, Gesang, turnerischen Aufführungen und Aufführungen des Arbeiteradaptersvereins. Nach dem: — BALL. — Die Kollegen vom Zweigverein Wolfenbüttel und den umliegenden Bezirken sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 4,20] Das Festkomitee.

### Zeitz.

Sonntag, den 12. Juli, nachm. 3 Uhr:

### \* Stiftungsfest \*

im „Preussischen Hof“, bestehend in Konzert, Kinderbelustigungen, Preislegen und BALL. Alle Kollegen sind hierzu eingeladen. Der Vorstand. [M. 3,30]

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 4. Juli.

**Itzehoe.** Abends 8 Uhr außerordentliche Versammlung. T.-D.: Der Kampf um das Dolein. Referent: Kollege Wuth, Berlin.

Sonntag, den 5. Juli.

**Dreitz.** Nachm. 2 Uhr bei Dietert. **Gransow.** Nachm. 4 Uhr im Frankfurter Lokal. T.-D.: Sommervergnügen. (Bemerkung: und Kunsthandwerker.) Fern. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. **Hamburg.** Nachm. 3 1/2 Uhr im „Gasthof zur Deutschen Eiche“. Referent: Kollege Julius Koch, Magdeburg. **Salzwedel.** Nachm. 3 1/2 Uhr im „Gasthof zur Deutschen Eiche“. **Zerbst.** Nachm. 3 1/2 Uhr im „Gasthof zur Eiche“.

Montag, den 6. Juli.

**Bensheim.** Bei Peter Faust, „Gasthaus zur Linde“.

Dienstag, den 7. Juli.

**Bitfeld.** Abends 7 Uhr im Restaurant „Hofenholzer“. Wichtige Tagesordnung! **Eisleben.** Abends im Verbandslokal. Wichtige Tagesordnung! **Forst.** Abends 6 Uhr im „Gasthof zur Eiche“. **Helde.** Bei Gastwirt W. Off.

Mittwoch, den 8. Juli.

**Wittenberg.** Abends 6 1/2 Uhr bei Otto.

Sonntag, den 12. Juli.

**Annaburg.** Bei Wed. **Bamberg.** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliederbühnen mitbringen! **Coblenz.** Nachm. 1 1/2 Uhr im „Gasthof zur Eiche“. Wichtige Tagesordnung! Mitgliederbühnen mitbringen!

Zentral-Krankenkasse der Männer usw.

Sonntag, den 12. Juli.

**Cöln.** Vorm. 11 Uhr bei Wachen, Großer Gleichnam 16. T.-D.: Bericht von der Generalversammlung. Abrechnung vom zweiten Quartal. Berichtbeleg.

**Dreitz.** Hamburger Buchdrucker- und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.